

Mittelfranken

**SPD**

# **Bezirksparteitag Mai 2019**

## **Antragsbuch**

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Abschaffung von Artikel 146 GG**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

1    Wir fordern die ersatzlose Streichung von Art 146 GG:  
2    „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit  
3    und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk  
4    gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine  
5    Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in  
6    freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

**Empfehlung Antragskommission**  
Annahme

### **Begründung**

Das deutsche Grundgesetz ist eine Erfolgsgeschichte. Kaum eine andere Verfassung hat den moralischen Imperativ der Menschenwürde in einer derartigen Weise hervorgehoben wie es die unsere tut. Dabei war das Grundgesetz am Anfang nur als Überbrückung gedacht, daher auch der Name. Diese Übergangslösung ist mit der Zeit aber zur Norm geworden und spätestens seitdem es auch nach der Wiedervereinigung immer noch in Kraft ist, stellt sich die Frage ob es überhaupt noch einer neuen deutschen Verfassung bedarf. Betrachtet man die Tatsache, dass keine einzige im Bundestag vertretene Partei seit der Wiedervereinigung ernsthaft eine neue Verfassung anstrebt, kann man davon ausgehen, dass auch in der Bevölkerung kein ausgeprägtes Bedürfnis nach einer neuen Verfassung für die BRD besteht. Aus diesem Grund scheint es nur logisch und wünschenswert den Art 146 zu streichen.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Enquete-Kommission Digitalisierung**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

- 1 Die SPD möge die Einrichtung einer Enquete-Kommission
- 2 „Digitalisierung“ anstreben, deren Aufgabe es ist, die im
- 3 Rahmen der Digitalisierung zu erwartenden anstreben,
- 4 deren Aufgabe es ist, die im Rahmen der Digitalisierung
- 5 zu erwartenden gesellschaftlichen Umwälzungen zu be-
- 6 trachten, Gefahren erkennen, benennen gesellschaftli-
- 7 chen Umwälzungen zu betrachten, Gefahren zu erken-
- 8 nen, zu benennen und Lösungsansätze und Handlungsal-
- 9 ternativen zu präsentieren.
- 10 Die SPD möge aufgrund der dort gesammelten Ergeb-
- 11 nisse linke, sozialdemokratische Lösungsansätze erarbei-
- 12 ten und veröffentlichen und als Gesetzesvorhaben in den
- 13 Bundestag einbringen.

**Empfehlung Antragskommission**  
Nichtbefassung

### **Begründung**

Unsere Gesellschaft steht vor einem Umbruch, wie es die aktuell lebenden Generationen noch nicht erlebt haben und es gibt eine sehr große Furcht in unserer Gesellschaft vor solch großen Veränderungen. Die Digitalisierung, vor allem im Zusammenspiel mit der Globalisierung, trifft in Deutschland auf eine Gesellschaft, die im Westen vor allem überaltert ist und der es im Vergleich mit früheren Zeiten oder anderen Regionen so gut geht wie nie; die also bei einer Veränderung, zumindest gefühlt, viel zu verlieren hätte. Im Osten trifft sie auf eine Gesellschaft, die immer noch nicht das Trauma des letzten Systemumbruchs verwunden hat, was heute vor allem in den ehemaligen Industrieregionen zu einer erheblichen Radikalisierung geführt hat. Hinzu kommt die allgemeine Verunsicherung und Angst eines Großteils der Menschen in unserer Gesellschaft, irgendwann selber unter das Hartz IV-Regime zu fallen.

Für all diese Menschen stellen solche Disruptionen, wie sie nun vor uns liegen, eine Bedrohung dar. Schon jetzt ist absehbar, dass ein großer Teil der heutigen Berufe und Tätigkeiten in der Zukunft im Rahmen der Digitalisierung durch Computer übernommen werden. Der unvermeidliche Vormarsch der KI (künstliche Intelligenz) wird wie einst die Dampfmaschine die schlesischen Weber mittelfristig vor allem Berufe in der Logistik (autonomes Fahren) aber mittelfristig auch (und das ist neu) Berufe mit starken geistigen Anforderungen, wie z.B. Juristen oder Verwaltungsberufe, ersetzen.

Natürlich werden viele vor allem handwerkliche oder soziale Berufe bleiben und sich auch neue Tätigkeiten ergeben. Aber es werden nicht ansatzweise so viele Tätigkeiten sein und die meisten dieser

# MittelfrankenSPD

neuen Jobs werden, aufgrund ihrer hohen Anforderungen (quartärer Sektor<sup>1</sup> => z.B. Projektmanager), nur in Ausnahmefällen von den freigestellten Menschen ausgeübt werden können.

Unsere Gesellschaft steht vor einem riesigen Umbruch und wir als Sozialdemokraten sind in der Pflicht, zwingend ein positives Bild, eine Utopie, für die Zeit nach dem Ende dieser Leistungsgesellschaft zu entwickeln und den Weg dorthin sozialdemokratisch zu gestalten. Denn wenn wir es nicht schaffen eine positive Erzählung von der Zukunft zu präsentieren und uns glaubhaft auf den Weg machen, wird unsere Gesellschaft zwangsläufig einen anderen Weg nehmen.

In China kann man aktuell beobachten, wie ein neuer digitaler Totalitarismus entsteht, der die Menschen pausenlos überwacht und gemäß dem Willen der Herrschenden maßregelt und manipuliert. Im Silicon Valley verdienen riesige Konzerne Milliarden mit der Verhaltensbeeinflussung von Menschen (Google, Facebook, ...). Es gibt Firmen<sup>2</sup>, die daran arbeiten, Implantate für menschliche Gehirne zu entwickeln, damit diese besser mit Computern kommunizieren können. Wir können uns nicht vorstellen, dass wir dieses reduzierte Gesellschafts- und Menschenbild gutheißen können.

Das Thema Digitalisierung ist äußerst komplex und die Implikationen sind, vor allem auch im Zusammenhang mit der Globalisierung, für den Einzelnen kaum abschließend zu erfassen. Deswegen lasst uns den Weg gehen und uns Rat von Menschen einholen, die sich seit langem tiefgreifend mit der Thematik befassen und eine andere, eine sozialdemokratischere Zukunftsvision gestalten, als es uns China oder das Silicon Valley vorgeben wollen.

---

<sup>1</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftssektor#Quartärsektor>

<sup>2</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Neuralink>

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

## Plastik im Image-Shop der SPD

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag

- 1 Die SPD soll den Vertrieb von Werbematerial aus Plastik
- 2 – sowie die jeweiligen Verpackungen dazu – einstellen
- 3 und Give-aways aus abbaubaren Materialien anbieten.

### **Empfehlung Antragskommission**

Annahme in geänderter Fassung:  
Ersetze in Zeile 2 „einstellen“ durch  
„einschränken“

### **Begründung**

Inzwischen weiß wirklich jeder, welchen enormen Schaden Plastik uns und unserer Umwelt zufügt. Es mag durchaus bequem und kostengünstig sein Werbematerialien aus Kunststoff anzubieten, den Schaden, den wir dadurch verursachen – nicht nur im Hinblick auf einen „nachhaltigen“ Wahlkampf – steht in keiner Relation zum Nutzen.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Redezeitbeschränkungen bei Begrüßungen für JHVs**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag

1    Wir fordern eine Beschränkung der Redezeiten der Gruß-  
2    worte auf Hauptversammlungen der SPD auf 2 Red-  
3    ner\*Innen mit jeweils max. 15 Minuten Redezeit. Ange-  
4    fangen auf Unterbezirksebene, soll diese für alle weite-  
5    ren Ebenen der SPD gelten.“

#### **Begründung**

Die jährlichen Hauptversammlungen der SPD stellen zu-  
gleich ihr oberstes Beschlussorgan in der jeweiligen Gli-  
ederung dar. Hier soll über Anträge debattiert werden, über die inhaltliche Ausrichtung der Partei  
gestritten werden und die Weichen für die Politik gestellt werden, die die SPD letztendlich umsetzen  
möchte. Selbstverständlich gehört es zu einer solchen Veranstaltung auch, dass die jeweiligen lokal,  
regional oder bundespolitischen Vertreter\*innen ein Grußwort halten und ein wenig Allgemeines  
zum gegenwärtigen Zustand oder dem tagesaktuellen Geschehen erzählen. Solange sich das in ei-  
nem verhältnismäßigen Rahmen bewegt, ist dies vollkommen legitim.

Jedoch ist insbesondere auf höheren Ebenen der SPD zu beobachten, dass die Hauptversammlungen  
immer weiter zu Profilierungsshows verkommen, in welchen jede\*r Funktionär\*in versucht auch  
noch ein Statement zu Beginn unterzubringen. Das wird dem eigentlichen Charakter dieser Veran-  
staltungen nicht gerecht. Statt mit inhaltlicher Arbeit verbringt man einen nicht unerheblichen Teil  
seiner Zeit damit Reden zuzuhören, die man so auch schon anderswo gehört hat und die vielleicht  
bei einer Wahlkampfveranstaltung in Ordnung wären, aber gegenüber Genoss\*Innen vollkommen  
überflüssig sind. Schließlich sind die Anwesen- den bereits überzeugte Sozialdemokrat\*innen. Keiner  
muss noch davon überzeugt werden, dass unsere Partei die richtige für einen selbst ist. Letztendlich  
führt es zu einem genau gegenteiligen Effekt. Die langen und ermüdenden Grußworte, gepaart mit  
der Tatsache, dass zahlreiche Anträge schon so aufgrund der knappen Zeit nicht behandelt werden  
können, führt eher dazu, dass man eine solche Veranstaltung demotiviert und desillusioniert ver-  
lässt.

Aus diesem Grund fordern wir eine Beschränkung der Grußworte in Anzahl und Länge auf 2 Red-  
ner\*Innen und jeweils maximal 15 Minuten.

#### **Empfehlung Antragskommission Abstimmung**

Nach Auffassung AK bindet ein ent-  
sprechender Beschluss nur die SPD  
Mittelfranken, aber nicht die Unter-  
gliederungen; diese haben eine Ge-  
schäftsordnungsautonomie.

Antragsteller            Unterbezirk Roth

### **Doppelspitze ermöglichen**

Adressat/en            Bundesparteitag, Parteikonvent

- 1 Um Gleichberechtigung und Parität in der Partei zu fördern und zu leben, sollen Doppelspitzen auf allen Gliederungsebenen der SPD ermöglicht werden.
- 2
- 3

### **Begründung**

Mit der Einführung der Quote war die SPD führend bei der Gleichberechtigung und der Frauenförderung. Um diesen Weg konsequent weiterzugehen und zu leben, soll künftig allen Gliederungen der SPD die Möglichkeit gegeben werden, mit einer Doppelspitze aus Frau und Mann zu arbeiten. Dazu soll entsprechend die Satzung geändert werden.

### **Empfehlung Antragskommission**

Überweisung an die organisationspolitische Kommission des Parteivorstands

Nach Auffassung AK wäre eine Annahme nur in einer geänderten Fassung sinnvoll, mit der der Bezirksvorstand aufgefordert wird, einen entsprechenden Antrag auf Änderung von Organisationstatut/Wahlordnung zum Bundesparteitag einzureichen. In der vorliegenden Fassung ist der Antrag nur eine Absichtserklärung, der keine notwendige Satzungsänderung herbeiführen würde.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen im Einzelhandel**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

- |   |   |  |
|---|---|--|
| 1 | Die SPD Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass die | <b>Empfehlung Antragskommission</b><br>Annahme |
| 2 | Tarifverträge im Einzelhandel für allgemeinverbindlich    |  |
| 3 | erklärt werden.   |  |

### **Begründung**

Im Einzelhandel arbeiten derzeit ca. drei Millionen Beschäftigte. Aktuell befinden sich nur noch 30% der Einzelhandelsunternehmen in der Tarifbindung. Dadurch sind zigtausende von prekären und unterbezahlten Arbeitsverhältnissen entstanden. Die Gehälter der Beschäftigten dieser Branche reichen oft vorne und hinten nicht aus, weil die Bezahlung vor allem in den vielen tariflich ungebundenen Betrieben bis an die Armutsgrenze gerückt ist. Die Tarifflicht der Handelsunternehmen erhöht und verschärft dadurch auch das Risiko der Altersarmut der Beschäftigten. Um Tarifflicht und Lohn-dumping zu bekämpfen, müssen die ausgehandelten Tarifverträge in der gesamten Einzelhandelsbranche gelten.

Laut dem Tarifvertragsgesetz können Tarifverträge durch die Länderarbeitsministerien bzw. das Bundesarbeitsministerium für allgemeinverbindlich erklärt werden, und zwar auf Antrag der Tarifparteien. Dann gilt ein Tarifvertrag für die gesamte Branche, unabhängig davon, ob ein Unternehmen tarifgebunden ist oder nicht.

Unter dem Motto „Einer für alle“ startete die Gewerkschaft ver.di im März 2017 eine Kampagne für die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen in der Einzelhandelsbranche. Dies unterstreicht die Relevanz und die Dringlichkeit des Problems.



Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Einführung eines Mindesthonorars für freiberufliche Trainer und Dozenten bei Maßnahmen der Arbeitsagentur**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass für alle Maßnahmen,  
2 die im Bereich der Arbeitsagenturen und Jobcentern ein  
3 Mindesthonorar für freiberufliche Lehrkräfte, Dozenten  
4 oder Trainer festgesetzt wird. Dieses orientiert sich an  
5 der Regelung des Bundesamtes für Migration und Flücht-  
6 linge (BAMF). Dieses zahlt für alle freiberufliche Kräfte in  
7 den Integrations- und Orientierungskursen für Migrantin-  
8 nen und Migranten 35 Euro pro Unterrichtseinheit (45  
9 Minuten).

**Empfehlung Antragskommission**  
Abstimmung

#### **Begründung**

Die aktuelle Praxis der Arbeitsagenturen und der Jobcenter bei der Vergabe von Bildungsmaßnahmen folgt rein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Das bedeutet, dass bei einer Ausschreibung diejenige Institution den Zuschlag bekommt, die ihre Leistung für den günstigsten Preis anbietet.

In der Regel können diese Preise nur dann angeboten werden, wenn die Bildungsträger bei den Personalkosten sparen. In der Realität bedeutet das, dass vorrangig freiberufliche Mitarbeiter/freiberufliche Mitarbeiterinnen eingesetzt werden, da diese Maßnahmen zeitlich begrenzt sind. Der Stundensatz für freiberufliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegt meist zwischen 18 und 20 Euro pro Unterrichtseinheit. Von diesem Honorar müssen Steuern, Sozialversicherung und der Lebensunterhalt bestritten werden. Freiberufler sind jedoch meist nicht in Vollzeit in den Kursen eingesetzt, sondern nur tage- oder stundenweise. Somit ist es nötig, bei weiteren Trägern Engagements zu finden und miteinander zu kombinieren. Die Kurse gehen auch nicht nahtlos ineinander über. So entstehen Beschäftigungslücken ohne Einkommen.

Auf diese Weise schafft die Arbeitsagentur ein Prekariat bei den Freiberuflern. In der Folge bekommen die freien Träger auch nicht die gut qualifizierten Dozentinnen und Dozenten, sondern solche, die gerade noch bereit sind, für die minimalen Stundensätze zu arbeiten. Darunter leiden die Kurse, die Teilnehmenden sind unzufrieden und die Qualität der Kurse und deren Ergebnisse sind mangelhaft.

Eine bessere Bezahlung würde die Motivation gut qualifizierter Lehrkräfte fördern, sich bei den freien Trägern zu bewerben und für eine höhere Qualität in den Kursen sorgen.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Kritische Betrachtung des Home- Office für Arbeitnehmer\*innen**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag

- 1 Die SPD hat bei ihrer Forderung auf Home-Office als Ar-  
2 beitnehmer\*innenrecht:  
3     • durchzurechnen welche Belastungen auf Arbeit-  
4     nehmer\*innen zukommen (eigenes Büro, Ener-  
5     giekosten usw.)  
6     • welche Auswirkungen auf die Mitbestimmung  
7     und AN-Rechte zu erwarten sind  
8     • und wie die AN angemessen an der Kosten-Ent-  
9     lastung bzw. den Produktivitätszuwächsen der Ar-  
10    beitgeber beteiligt werden.

**Empfehlung Antragskommission**  
Ablehnung

### **Begründung**

Die SPD möchte das Recht auf Home-Office verankern, wie sieht es dann bei den derzeitigen Energiepreisen mit der Abrechnung gegenüber dem Unternehmer aus? Strom Wasser Abnutzung Schreibtisch, nicht dass dann hinterher das Finanzamt diese Entgelte des Unternehmens an den Arbeitnehmer für das Benutzen der privaten Infrastruktur besteuert, so dass der Arbeitnehmer am Ende weniger Geld hat und der Unternehmer mehr Gewinn, weil sich Büroarbeitsplätze Energie und dergleichen spart.

Antragsteller            Unterbezirk Fürth

### **Verbot der Nutzung von Leiharbeit durch Unternehmen im Eigentum von Bund, Land oder Kommune und deren Tochtergesellschaften**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag

1 Unternehmen im mindestens 75+X prozentigen Eigen-  
2 tum des Bundes, eines Landes oder einer Kommune, so-  
3 wie deren (75+X prozentigen) Tochtergesellschaften soll  
4 die Nutzung von Arbeitnehmerüberlassung untersagt  
5 werden

**Empfehlung Antragskommission**  
Abstimmung

#### **Begründung**

Leiharbeit sollte im Allgemeinen eingedämmt werden, da sie häufig ein im wörtlichen Sinne prekäres Beschäftigungsverhältnis darstellt. LeiharbeiterInnen besitzen in der Praxis häufig keinerlei Kündigungsschutz. LeiharbeiterInnen können jederzeit ohne Angabe von Gründen vom Entleiher abbestellt werden. Damit entfällt häufig die Grundlage für den Arbeitsvertrag und das Leiharbeitsunternehmen darf dem Arbeitnehmer fristlos kündigen. An dieser Stelle wird darauf verzichtet näher auszuführen welche psychische Belastung diese Unsicherheit haben kann. LeiharbeiterInnen werden auch häufig mit Verträgen mit einer sehr niedrigen garantierten Wochenarbeitszeit eingestellt und müssen dadurch teilweise ihren Lebensunterhalt durch die Auszahlung von Überstunden bestreiten, was zu einem quasi Tagelöhnertum führt.

Es war bereits die Zielsetzung früherer Gesetzesinitiativen die Arbeitnehmerüberlassung einzudämmen. Im Hinblick darauf erscheint es besonders fraglich, dass der Staat selbst sich dieses Instrumentes bedient. Der Staat und auch Staatsunternehmen unterliegen nicht den gleichen Gesetzen des Marktes, wie private Unternehmer. Wenn der Staat auf dem Markt agiert, ist dies immer marktverzehrend, somit kann auch nicht vorgebracht werden, dass damit Staatsunternehmen gegenüber privaten Akteuren benachteiligt werden. Darüber hinaus ist es bereits anerkannt, dass der sich einer privatwirtschaftlichen Organisationsform bedienende Staat nicht von der Grundrechtsbindung befreit ist. So könnte er auch eine zusätzliche Einschränkung hinnehmen. Letztlich sei noch angeführt, dass fiskalische Verantwortung in diesem Zusammenhang auch nicht als Gegenargument angeführt werden kann, da die Kosten von Transferleistungen, Folgen von Altersarmut etc. auch wieder auf den Staat zurückfallen werden.

Antragsteller            Unterbezirk Fürth

### **Anrechnung sachgrundloser Befristung in der Leiharbeit auf sachgrundlose Befristung bei Übernahme aus der Leiharbeit**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag

1    Wenn ArbeitnehmerInnen aus der Arbeitnehmerüberlas-  
2    sung in den sie entleihenden Betrieb übernommen wer-  
3    den, soll die Zeit, welche sie sachgrundlos befristet ent-  
4    liehen in dem Unternehmen tätig waren, auf eine zukünf-  
5    tige sachgrundlose Befristung bei dem Unternehmen an-  
6    gerechnet werden

**Empfehlung Antragskommission**  
Ablehnung

#### **Begründung**

In der Praxis werden die einzelnen LeiharbeiterInnen häufig zu ausschließlich einem Unternehmen verliehen. Am Ende der Höchstfrist von 1,5 Jahren zur kontinuierlichen Arbeitnehmerüberlassung wird dann ein Teil dieser ArbeitnehmerInnen vom dem Entleiher übernommen. Dies erfolgt dann allerdings meist wieder in sachgrundlose Befristung. Diese darf insgesamt zwei Jahre betragen. So sehen sich dann viele ArbeitnehmerInnen 3,5 Jahre insgesamt sachgrundlos befristet. Das sachgrundlose Befristung auf zwei Jahre begrenzt wurde, soll nicht durch Leiharbeit umgangen werden können. Deswegen sollte eine sachgrundlose Befristung nach 1,5 Jahren als LeiharbeiterIn im Unternehmen auf ein halbes Jahr begrenzt werden.

Antragsteller            Unterbezirk Fürth

### **Stärkere Regulierung von Werkverträgen**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag

- 1    UnternehmerInnen soll es untersagt sein ein Werk zu be-
- 2    stellen, dessen Herstellung zu den Kerntätigkeiten ihrer
- 3    Unternehmung gehört, unabhängig von der Einbindung
- 4    in die Organisationsstruktur des Bestellers. Die Nutzung
- 5    von Zulieferern soll davon unberührt bleiben.

**Empfehlung Antragskommission**  
Ablehnung

### **Begründung**

Unternehmen nutzen in der Praxis Werkverträge um die Bestimmungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zu umgehen. Nach der aktuellen Rechtslage können Unternehmen Werkverträge verwenden, wenn die ArbeitnehmerInnen des Werkvertragsnehmers nicht in die Organisationsstruktur des Unternehmens eingebunden sind. Beispiel: Ein tarifgebundener Supermarkt (Besteller) beauftragt eine Fremdfirma (Werkvertragnehmer) mit der regelmäßigen Auffüllung (Werk) der Regale. Die zum Mindestlohn beschäftigten ArbeitnehmerInnen der Fremdfirma dürfen keine Weisungen von ArbeitnehmerInnen des Supermarktes entgegen nehmen. Diese müssen immer direkt an die Fremdfirma gerichtet werden. Durch dieses Konstrukt kann auf das erheblich liberalere Werkvertragsrecht zurück gegriffen werden. Einer solchen Umgehung sollte Einhalt geboten werden, indem man Unternehmen verbietet im Kernbereich ihrer eigenen Tätigkeit Werkverträge zu verwenden.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Mehr Sonderpädagog\*innen an Berufsschulen**

Adressat/en            Landesparteitag, Landtagsfraktion

- 1 Die SPD soll sich dafür einsetzen, dass die Berufsschulen
- 2 im Freistaat mehr sonderpädagogisches Personal erhal-
- 3 ten, um lernschwachen Schüler\*innen den Zugang zu ei-
- 4 ner Ausbildung zu erleichtern sowie deren Erfolgschan-
- 5 cen zu erhöhen.
- 6 Dazu fordern wir, dass mehr Studienorte und Studien-
- 7 plätze geschaffen werden, darüber hinaus soll der NC für
- 8 diesen Fachbereich abgeschafft werden und mehr Plan-
- 9 stellen für Sonderpädagog\*innen an Berufsschulen be-
- 10 reitgestellt werden.

### **Empfehlung Antragskommission**

Annahme

### **Begründung**

Entsprechend der statistischen Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz ist die Zahl der Schüler\*innen mit Förderbedarf in ganz Deutschland, folglich auch in Bayern, im Zeitraum 2007 - 2017 um 65% auf 523 800 (Förderbedarf Lernen: 191 200) gestiegen. Dies bedeutet, dass 16,6% aller Schüler\*innen sonderpädagogischen Förderbedarf aufweisen. Viele dieser Schüler\*innen wird der Weg in eine Ausbildung schon durch die Personalsituation an den hiesigen Berufsschulen verbaut. Es gibt nicht nur zu wenig Personal an bayerischen Berufsschulen, es gibt auch schlicht und ergreifend nicht das passend ausgebildete, um lernschwachen bzw. lernbehinderten Schüler\*innen eine echte Erfolgchance in einer Ausbildung zu gewährleisten.

Zahlreiche Arbeitgeber\*innen berichten den Lehrkräften an Förderschulen immer wieder, dass sie gerne diesen Schüler\*innen eine Ausbildung anbieten würden, weil sie oftmals in der Praxis sehr engagiert und diszipliniert arbeiten. Jedoch ist die Aussicht auf Erfolg im theoretischen Bereich der Ausbildung an der Berufsschule aufgrund der dortigen Personalsituation sehr schlecht. Somit berichten die Unternehmen häufig, es rentiere sich wirtschaftlich gesehen für die Unternehmen nicht in die Schüler\*innen zu investieren.

Dies liegt nicht etwa zwangsläufig an der Intelligenz der Schüler\*innen, sondern daran, dass sie nicht die richtige Förderung und den passenden Unterricht bekommen. Aus diesem Grunde fordern wir, dass die Bayern SPD endlich den im Artikel 128 Absatz 1 der Bayerischen Verfassung festgesetzten Anspruch „eines jeden Bürgers auf eine seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung“ einfordert und gewährleistet.

Antragsteller      Unterbezirk Nürnberg

### **Abschaffung der Subventionen für alle fossilen Energieträger**

Adressat/en      Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

- 1 Die SPD setzt sich für die Abschaffung (weiterer) Subven-
- 2 tionierung und steuerliche Begünstigung fossiler Energie-
- 3 träger ein.
- 4 Zudem wird die SPD Bundestagsfraktion dazu aufgefor-
- 5 dert, dieses Vorhaben innerhalb der Bundesregierung
- 6 umzusetzen.

**Empfehlung Antragskommission**  
Annahme

### **Begründung**

Deutschland läuft Gefahr, seine gesetzten Klimaziele weit zu verfehlen. Die Auswirkungen eines Nicht-Erreichens lassen sich immer schwerer abschätzen. Es ist deshalb nicht ersichtlich, weswegen fossile Energieträger immer noch direkt und indirekt massiv subventioniert werden. Volkswirtschaftlich betrachtet könnten die eingesetzten Fördermittel und entgangenen Einnahmen für andere gesellschaftlich und klimapolitisch erstrebenswerte Ziele genutzt werden.

Zudem ermöglicht dieser Schritt Verhaltensänderungen hin zur Nutzung erneuerbarer Energieträger. Der Abbau von Braunkohle erfolgt immer noch ohne die Zahlung der zu entrichtenden Fördergabe. Auch muss kein Wasserentgelt entrichtet werden. Hier belief sich die Förderung im Jahr 2012 auf 304 Mio. Euro.<sup>1</sup> 100 Mio. Euro gingen dem Staat verloren, da Kohle von der Energiesteuer befreit ist.<sup>1</sup> Die Energiesteuervergünstigung von Diesel kostete im Jahr 2012 7,353 Mrd. Euro.<sup>1</sup> Die Befreiung für die Verwendung von Kerosin im gewerblichen Luftverkehr kostete 7,083 Mrd. Euro.<sup>1</sup> Die Befreiung von Dieselkraftstoffen in der Binnenschifffahrt kostete 170 Mio. Euro.<sup>1</sup> Alleine bei den genannten Beispielen belaufen sich die Subventionen auf 15,01 Mrd. Euro.

---

<sup>1</sup> Umweltbundesamt (2016): Umweltschädliche Subventionen in Deutschland

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### Einführung einer Kerosinsteuer in Deutschland und Europa

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion,  
SPE-Fraktion (EU-Parlament)

1 Die SPD möge, ggf. in Abstimmung mit dem zuständigen  
2 Bundesminister für Finanzen, einen Gesetzesvorschlag  
3 im Parlament einbringen, nach welchem für in Deutsch-  
4 land getanktes Flugbenzin (Kerosin) zukünftig eine Steuer  
5 erhoben werden soll. Die Höhe soll durch eine Kommis-  
6 sion in welcher auch Umweltverbände, wie z.B. die Um-  
7 welthilfe, vertreten sind, jährlich festgelegt werden. Die  
8 Mindesthöhe pro Gallone sollte im ersten Jahr jedoch 10  
9 Cent betragen. Die Steigerung der Steuer sollte sich an  
10 der Steigerung der Kosten für die Klimaschäden orientie-  
11 ren.  
12 Die SPE-Mitglieder des EU-Parlaments mögen sich für ein  
13 vergleichbares Vorhaben im EU-Parlament einsetzen.

### Empfehlung Antragskommission

Erledigt bei Annahme E3, ansonsten  
Abstimmung

### Begründung

aus Wikipedia:

*„Die Kerosinsteuer ist eine Steuer auf Flugtreibstoff in der gewerblichen Luftfahrt, die innerhalb der Europäischen Union erhoben werden kann. Die Rechtsgrundlage bildet die EG-Energiesteuerrichtlinie (2003/96/EG) vom 27. Oktober 2003, die den nationalen Regierungen die Möglichkeit zur Einführung einer Steuer auf Turbinenkraftstoff für kommerzielle Inlandsflüge einräumt. Derzeit ist der kommerzielle Kerosinverbrauch nach der Gesetzgebung aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union jedoch steuerfrei.*

*Durch das Chicagoer Abkommen vom 7. Dezember 1944 wurde Steuerfreiheit für den Luftverkehr international vereinbart, um nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs die Luftfahrt, den Wiederaufbau und die Weltwirtschaft zu fördern.*

*Umweltorganisationen kritisieren die weiterhin bestehende Steuerbefreiung angesichts der negativen Auswirkungen auf die Umwelt. So betont das deutsche Umweltbundesamt, dass eine fehlende Kerosinbesteuerung Anreize für Fluggesellschaften verringere, verbrauchsärmere Flugzeuge einzusetzen. Aus diesem Grund stuft die Behörde die fehlende Kerosinsteuer als umweltschädliche Subvention ein, die sich im Jahr 2012 allein in Deutschland auf 7,083 Milliarden Euro belaufen habe. Diese Summe entspreche dem Steuerausfall aufgrund der Befreiung des zivilen Luftverkehrs von der Energiesteuer.*

*Die Einführung einer staatlichen Abgabe auf Turbinenkraftstoff wird von Umweltschutz- und Verkehrsverbänden und europäischen Schienenverkehrsunternehmen entweder auf*



# MittelfrankenSPD

*nationaler oder europäischer Ebene mit dem Verweis auf eine verbesserte Wettbewerbs-gerechtigkeit zwischen den Verkehrsträgern und eine konsequente Einpreisung von Um-weltexternalitäten in die Tarife des Flugverkehrs gefordert.“<sup>1</sup>*

Wir alle zahlen die Zeche für das nicht besteuerte Flugbenzin durch die sozialisierten Kosten des Klimawandels. Die Gewinne der Fluglinien verbleiben in den Händen der Eigentümer.

Wir leben in einer kapitalistischen Welt. Nutzen wir die systemeigenen Mechanismen und dämmen das Ganze über die Steuern und damit dem Preis auf das Flugbenzin ein.

---

<sup>1</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Kerosinsteuer>

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer für den kompletten Lebenszyklus von Produkten und Dienstleistungen**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion,  
SPE-Fraktion

1 Die SPD setzt sich für die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer auf  
2 alle in Deutschland und Europa gehandelten Produkte  
3 und Dienstleistungen ein. Grundlage dafür könnte das  
4 bereits ausgearbeitete Konzept des Vereins „CO<sub>2</sub>-Ab-  
5 gabe“ sein. Die Steuer sollte die jeweilige, im gesamten  
6 Lebenszyklus (Produktion bis Entsorgung/Recycling)  
7 weltweite entstehende CO<sub>2</sub>-Belastung berücksichtigen.  
8 Etwaige andernorts gezahlte CO<sub>2</sub>-Steuern können ange-  
9 rechnet werden.

### **Empfehlung Antragskommission** Abstimmung

#### **Begründung**

Wenn Marktteilnehmer Produkte und Dienstleistungen kaufen und nutzen, die der Allgemeinheit schaden, ohne dass die Allgemeinheit dafür entschädigt wird, stellt dies für Volkswirtschaftler ein „Marktversagen“ dar. Das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage maximiert dann nicht das Gemeinwohl, sondern belastet Unbeteiligte. Der Klimawandel ist das Ergebnis eines solchen Marktversagens. Unternehmen und Verbraucher dürfen die Atmosphäre mit CO<sub>2</sub> belasten, ohne aber für die daraus entstehenden Schäden für die Allgemeinheit, nämlich die Folgen des Klimawandels, einzustehen und diese zu begleichen. Die Kosten werden sozialisiert.

An die Vernunft der Verbraucher zu appellieren bringt erfahrungsgemäß wenig. Umweltprobleme werden nicht dadurch gelöst, dass Einzelne sich zurück nehmen. Ein solches Marktversagen kann nur durch den Staat verhindert werden.

Eine gerechte Möglichkeit dafür: eine Steuer auf CO<sub>2</sub>. Dabei legt Deutschland, oder besser noch die EU, einen Preis für CO<sub>2</sub> fest. Wer fossile Brennstoffe aus dem Ausland importiert oder in Deutschland fördert, müsste dafür etwas an den Staat zahlen. Dadurch würden Öl, Gas und Kohle teurer und für Unternehmen und Verbraucher weniger attraktiv.

Firmen, die von fossilen Brennstoffen abhängig sind, würden vermutlich ihre Mehrkosten an die Verbraucher weitergeben. Dieser Effekt ist gewünscht: Viele Produkte, deren Herstellung viel CO<sub>2</sub> verursacht, würden teurer. Für die Konsumenten ein Anreiz, klimafreundliche Produkte zu bevorzugen. Dass auch ein kleiner finanzieller Anreiz die Konsumenten zum Nachdenken bringt, zeigt die Gebühr auf Plastiktüten. Obwohl die nur wenige Cent beträgt, verbrauchen die Deutschen nun ein Drittel weniger.

Vor allem Strom und Heizen, aber auch Autofahren und Fliegen wäre von der Steuer betroffen und würde teurer. Es gibt schon Steuern in diesen Bereichen – die sind aber nicht einheitlich vom CO<sub>2</sub>-

# MittelfrankenSPD

Ausstoß abhängig und könnten abgeschafft werden. Ökologisch ist es sinnlos, dass man beim Tanken Energiesteuer bezahlt, Kerosin für Passagierflüge aber steuerfrei ist.

Das Modell der CO<sub>2</sub>-Steuer wird sogar schon angewandt. Schweden erhebt sie seit 1991. Bis 2013 ging der Ausstoß an Klimagasen um fast 14 Prozent zurück, obwohl im gleichen Zeitraum die Wirtschaftskraft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), um 60 Prozent wuchs.

In der Schweiz gibt es seit 2008 eine sogenannte „Lenkungsabgabe“, die wie eine CO<sub>2</sub>-Steuer funktioniert. Die Regierung zahlt die Einnahmen über die Krankenversicherung an die Bürger zurück. Die Schweizer CO<sub>2</sub>-Emissionen steigen jedoch seit 2011 wieder – trotz der Steuer. Ebenfalls seit 2008 besteuert die kanadische Provinz British Columbia CO<sub>2</sub>. Bis 2014 verringerten sich die Emissionen um gut 5 Prozent, obwohl das BIP in derselben Zeit um mehr als 12 Prozent stieg.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Kommission zum Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag

1 Die SPD Bundestagsfraktion setzt sich für die Einsetzung  
2 einer Kommission ein, die den langfristigen Ausstieg aus  
3 der Produktion und der Nutzung des Verbrennungsmo-  
4 tors unter der Vorgabe eines Gesamtmobilitätskonzepts  
5 organisiert. Die Kommission soll aus Vertreterinnen und  
6 Vertretern der zuständigen Ministerien, der Automobil-  
7 industrie, der Gewerkschaften, der Umweltverbände,  
8 der Wissenschaft und der Verbraucherschutzverbände  
9 bestehen.  
10 Ziel der Kommission ist es, den Ausstieg aus der Produk-  
11 tion und der Nutzung des Verbrennungsmotors, mit den  
12 Anforderungen der Individualmobilität und der Zukunft  
13 des Industriestandorts Deutschland in Einklang zu brin-  
14 gen. Zudem werden ökologische Aspekte bei der Produk-  
15 tion alternativer Antriebsformen berücksichtigt, wie z.B.  
16 die Herstellung von Batterien für Elektroautos.

### **Empfehlung Antragskommission**

Annahme

### **Begründung**

Die Elektromobilität ist derzeit in aller Munde. Gerade für Ballungsräume bietet eine Abkehr vom Verbrennungsmotor Möglichkeiten, die Luftqualität zu verbessern und Lärm zu reduzieren. Der Ausstieg oder teilweise Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor kann erfolgreich sein, wenn er Weg realistisch beschränkt wird. Zentrale Punkte, die zur Akzeptanz eines Ausstiegs aus dem klassischen Verbrennungsmotors sind unter anderem:

- Bürger\*innen müssen weiterhin günstig mobil sein.
- Der Industriestandort Deutschland darf nicht leiden.
- Die Herstellung und Nutzung von Elektroautos muss unter dem Strich umweltschonender sein, als die Herstellung und Nutzung von Verbrennungsmotoren.
- Es muss Übergangsphasen geben, in denen alte Fahrzeuge noch genutzt werden können.
- Die Nutzung von Oldtimern muss weiter möglich sein.

Diese und weitere Punkte sind zu beachten und verschiedene Interessen in Einklang zu bringen. Dies muss durch eine Gruppe von Experten erfolgen, analog der Kommission, die den Atomausstieg vorbereitete.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Verordnung über Konzessionsabgaben für Strom und Gas (Konzessionsabgabenverordnung – KAV) von 1992**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

- 1 Die Konzessionsabgabeverordnung ist entweder so zu
- 2 verändern, dass sie ihrem originären Ziel Klimaschutz ge-
- 3 recht wird, oder wenn dies nicht möglich ist, ganz abzu-
- 4 schaffen.

**Empfehlung Antragskommission**  
Nichtbefassung

#### **Begründung**

In der derzeit gültigen Fassung führt die Konzessionsabgabeverordnung zu äußerst kuriosen Auswüchsen. Betriebe, die sich erfolgreich bemüht haben, ihren Energieverbrauch zu reduzieren, werden bestraft, indem sie plötzlich Konzessionsabgaben bezahlen müssen, die um ein Vielfaches höher sind, als die eingesparten Energiekosten. In der Folge wird der Energieverbrauch wieder künstlich in die Höhe getrieben bis keine Konzessionsabgabe mehr fällig wird. Damit wird das ursprüngliche Ziel konterkariert.

Antragsteller            Kreisverband Erlangen-Stadt

### **Fracking durch die Hintertür verhindern – Bedingungen für LNG-Häfen**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

1    Der Import von aus Fracking gewonnenem Flüssiggas  
2    muss durch entsprechende Bedingungen bei den geplan-  
3    ten Förderungen für LNG (Liquified Natural Gas) – Termi-  
4    nals ausgeschlossen werden. Die Bundesregierung und  
5    die Länderregierungen werden aufgefordert, entspre-  
6    chend zu handeln.  
7    Des Weiteren wird die Bundesregierung aufgefordert,  
8    den Import von durch Fracking gewonnenem Erdgas aus-  
9    zuschließen. Wenn notwendig, ist ein entsprechender  
10  Beschluss in der Europäischen Union herbei zu führen.

**Empfehlung Antragskommission**  
Annahme

Antragsteller            Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokrat\*innen im  
Gesundheitswesen

### **Diabetes-Prävention bereits in der KiTa!**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag

1    Diabetes hat sich zur Volkskrankheit entwickelt, es sind  
2    ca. 8 Millionen Deutsche betroffen, Schätzungen gehen  
3    auf weitere 3,5 Mio. unerkannte Fälle. Täglich gibt es in  
4    Deutschland fast 1.000 Neuerkrankungen und jede  
5    Stunde sterben drei Menschen an den Folgen dieser Er-  
6    krankung!  
7  
8    Deshalb muss dringend früher aufgeklärt und gehandelt  
9    werden! Wir fordern die Prävention bereits bei den KiTa-  
10    Kindern nach dem Beispiel der Hautkrebsprävention im  
11    Kindergarten, bei der auf spielerische Weise das richtige  
12    Verhalten in der Sonne vermittelt und gelebt wird.

**Empfehlung Antragskommission**  
Annahme

### **Begründung**

Diabetes Typ 1 beginnt meistens in der Kindheit und Jugend. Von den 300.000 Betroffenen werden 30.000 Kinder und Jugendliche mit der Insulinpumpe therapiert.

90 Prozent sind jedoch an Diabetes Typ 2 erkrankt, was früher als „Alterszucker“ galt. Hier hat sich die Anzahl der betroffenen Kinder und Jugendlichen in den letzten Jahren verfünffacht; in den meisten Fällen sind andere Familienmitglieder übergewichtig. Die Hälfte der Diabetes Typ-2-Patienten sind ohne Medikamente behandelbar durch Ernährungsumstellung, Gewichtsabnahme und mehr Bewegung.

Bald wird schon jedes dritte Baby betroffen sein und 2020 wird sich seit 2009 die Anzahl der erkrankten Kinder unter 5 Jahren verdoppelt haben. Die Prävention muss bei den Eltern ansetzen und bei den Kindern in der KiTa ab sofort durch gelernte und gelebte Ernährungs-Erziehung praktiziert werden!

Deshalb sollten in KiTas, Schulen und Mensen keine Lebensmittel mehr mit geringem Nährwert angeboten werden und die Ernährungs-Ampel – am besten das Label NutriScore – darf nicht weiterhin durch die Lebensmittel-Industrie verhindert werden!

Die Deutsche Diabetes-Gesellschaft könnte zusammen mit den Krankenkassen ein Belohnsystem entwickeln. Wenn alle an einem Strang ziehen, können die schlimmen Folgen dieser Volkskrankheit wie Herzinfarkte, Schlaganfälle, Nierenschäden, Amputationen und Erblindung deutlich reduziert werden!

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Mehr Selbstbestimmung für Pflegende – auch in Bayern!**

Adressat/en            Landesparteitag, Landtagsfraktion

- 1 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine
- 2 Weiterentwicklung der „Vereinigung der Pflegenden in
- 3 Bayern“ zu einer echten Pflegekammer einzusetzen.

**Empfehlung Antragskommission**  
Abstimmung

### **Begründung**

Seit Jahren kämpfen Pflegekräfte in Deutschland für mehr Selbstbestimmung und mehr politischen Einfluss. Die Kammern sollen dafür sorgen, dass Pflegenden in Eigenregie

- die Belange ihrer Berufsgruppe regeln können,
- die Qualität der Arbeit sichern,
- für Weiterbildung sowie für die Einhaltung ethischer Grundsätze sorgen
- und die politische Vertretung übernehmen.

Seit April 2017 gibt es in Bayern die "Vereinigung der Pflegenden in Bayern" als Körperschaft der öffentlichen Rechts.

Von einer wirksamen Interessenvertretung kann nicht die Rede sein. Der ehrenamtliche Vorstand ist seitdem mit organisatorischen Belangen und Verfassen einer Satzung beschäftigt. Eine inhaltliche Positionierung zu relevanten pflegerischen Fragen in der Öffentlichkeit findet nicht ausreichend statt.

Denn dieser bayerischer Sonderweg ist ganz nach den Vorstellungen der CSU-Pflegeministerin:

- Das Staatsministerium bestellt einen „unabhängigen Vorsitzenden“.
- Die staatliche Vereinigung wird staatlich finanziert und macht ihr Handeln von der Kassenlage und damit vom Wohlwollen der Staatsregierung abhängig.
- Eine selbstständige Berufsaufsicht ist nicht möglich, da nur freiwillige Mitglieder vertreten werden.
- Auch Arbeitgeber sind als Mitglieder zulässig und haben somit Einfluss auf Fort- und Weiterbildung
- Ein Beitritt zu einer geplanten Bundespflegekammer wäre nicht möglich.

Pflegeverbände sparen deshalb nicht an Kritik und sprechen von einer Mogelpackung.

Von einer souveränen Vertretung der Pflegenden ist dieses Konstrukt Meilen entfernt.

Im September 2017 hat sich eine Gründungskonferenz als Voraussetzung für die Errichtung einer Bundespflegekammer gebildet. Hierbei wurden der Deutsche Pflegerat und die Landespflegekammer Rheinland-Pfalz initiativ. Eine Bundespflegekammer hätte 1,2 Millionen Mitglieder. Im Vergleich dazu vertritt die Bundesärztekammer 400 000 Ärzte.

Auch der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung fordert die Einrichtung von Pflegekammern.



Antragsteller      Unterbezirk Nürnberg

### **Arzneimittelzahlung Freistellung Kindesalter erhöhen**

Adressat/en      Landesparteitag, Bundesparteitag

- 1 Das Alter für die Freistellung von der Arzneimittelzahlung
- 2 soll von 12 auf mindestens 18 Jahre erhöht werden.

#### **Begründung**

Für die von einem Arzt verordneten Medikamente müssen die Eltern, aktuell ab dem Alter von 12 Jahren, für jedes Rezept maximal 10€ bezahlen. Bestimmte Medikamente müssen sogar komplett bezahlt werden. Dies stellt eine Belastung für insbesondere kinderreiche Familien dar, die vermindert werden soll.

#### **Empfehlung Antragskommission**

Annahme in geänderter Fassung:  
Ersetze Titel durch „Zuzahlung bei  
Arzneimitteln für Minderjährige  
abschaffen“

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Wir brauchen auch in Deutschland das System NutriScore, eine Kennzeichnung für die Nährwerte von Lebensmitteln!**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag

- |   |   |                                     |
|---|---|-------------------------------------|
| 1 | Wir fordern die Einführung des Systems NutriScore per | <b>Empfehlung Antragskommission</b> |
| 2 | Gesetz auch in Deutschland!                           |                                     |

#### **Begründung**

Viele Krankheiten – besonders die Volkskrankheit Diabetes und die in Deutschland häufigste Todesursache der Herz-Kreislauf-Erkrankungen – sind auf Übergewicht und Bewegungsmangel zurückzuführen. Die Ernährung spielt dabei eine große Rolle.

Das Kaufverhalten der Verbraucher verändert sich positiv, wenn sie mit klaren Angaben auf den Etiketten der Lebensmittel informiert werden. Die Bürger wollen keine Verbote, sondern eine verständliche Kennzeichnung für den Nährwert von Lebensmitteln und Getränken.

NutriScore wird bereits in vielen Ländern als Logo erfolgreich eingesetzt und kennzeichnet anhand von fünf Farben und fünf Buchstaben die Nährstoffzusammensetzung auf 100 g eines Produkts.

Angegeben sind der Gehalt an Zucker, Fetten, gesättigten Fettsäuren, Salz, die Ballaststoffe und die Kalorienmenge. So kann der Verbraucher schnell vergleichen, welches Lebensmittel wenig oder bessere Nährwerte hat und sich beim Einkauf eigenverantwortlich entscheiden.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Pflegepersonaluntergrenzenverordnung**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag

- 1 Die Pflegepersonaluntergrenzen in pflegesensitiven
- 2 Krankenhausbereichen ist so zu verändern, dass sie ih-
- 3 rem originären Ziel, die Patientenversorgung zu verbes-
- 4 sern und das Pflegepersonal zu entlasten, tatsächlich ge-
- 5 recht wird.

**Empfehlung Antragskommission**  
Annahme

### **Begründung**

In der derzeit gültigen Fassung legt die Pflegepersonaluntergrenzenverordnung nur für die Bereiche Intensivmedizin, Geriatrie, Unfallchirurgie und Kardiologie Mindeststandards fest und zwar bei 25 % der Bereiche mit der schlechtesten Personalausstattung. Das bedeutet, nur das Viertel der Krankenhäuser mit der schlechtesten Personalausstattung muss aufstocken, und zwar genau so viel Personal, um das Niveau an der Grenze zum zweitschlechtesten Viertel der Kliniken zu erreichen. Damit wird weder die Patientenversorgung verbessert noch das Pflegepersonal nachhaltig entlastet.

Antragsteller      Unterbezirk Fürth

### **Betreuungskräfte für demenziell Erkrankte Menschen in den Akutkrankenhäusern**

Adressat/en      Landesparteitag

1 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für die  
2 Finanzierung von Betreuungskräften für demenziell er-  
3 krankte Menschen im Akutkrankenhaus einzusetzen.  
4 Eine Entschärfung dieser Situation wäre möglich durch  
5 eine intensive Betreuung von kognitiv auffälligen Patien-  
6 ten durch Betreuungskräfte. In der stationären Altenhilfe  
7 gibt es bereits von den Pflegekassen finanziert Betreu-  
8 ungskräfte § 43b SGB XI.

**Empfehlung Antragskommission**  
Annahme

#### **Begründung**

In Deutschland leben gegenwärtig etwa 1,5 Millionen demenziell erkrankte Personen. Nach Vorausberechnungen der Bevölkerungsentwicklung wird sich die Anzahl der an Demenz Erkrankten in Deutschland bis zum Jahr 2050 auf etwa 3 Millionen verdoppeln.

Dies führt auch dazu, dass die Anzahl der akut erkrankten Patienten mit Demenz in Krankenhäusern zunehmen wird. Aufgrund der bestehenden Rahmenbedingungen bedeutet dies für viele Krankenhäuser eine große Herausforderung. Einerseits gilt es, den komplexen Bedarfslagen demenziell erkrankter Patienten gerecht zu werden. Auf der anderen Seite sind die Kliniken, vor allem seit der Einführung der Diagnosis Related Groups (DRG), dazu gezwungen, ihr Handeln an ökonomischen Gesichtspunkten auszurichten.

Eine professionelle und für die demenziell erkrankten Patienten hilfreiche, unterstützende Pflege und medizinische Versorgung stellt somit eine der größten Herausforderungen von Mitarbeiter\*innen in den Kliniken dar.

Im Juli 2016 wurden die Zahlen der General Hospital Study (GHoST) zur Prävalenz dementer Patienten im Akutkrankenhaus veröffentlicht. Die für das Projektvorhaben wichtigsten Ergebnisse der GhoSt-Studie sind folgende:

- 40% der untersuchten Patienten (über 65 Jahre) wiesen zur Hälfte leichte und zur Hälfte schwerere kognitive Beeinträchtigungen auf, an einer Demenz litten knapp 20%. Dies war in den wenigsten Fällen bei der Aufnahme bekannt.
- Bei weniger als 40% der Betroffenen war eine Demenzerkrankung vorbekannt und als Diagnose in der Krankenakte festgehalten.
- Die GhoSt-Studie zeigt auch, dass Menschen mit Demenz an das medizinische und pflegerische Personal besondere Anforderung stellen und einen deutlich höheren Zeitaufwand als Patienten ohne Demenz erfordern. Zudem wurden von zahlreichen Problemen in der Behandlungspflege berichtet.

# MittelfrankenSPD

- Nahezu 80% der in der Studie untersuchten Patienten zeigten neben kognitiven Beeinträchtigungen auch nicht-kognitive Symptome und sogenanntes herausforderndes Verhalten.
- Das herausfordernde Verhalten zeigte sich häufig durch expansive Verhaltenssymptome wie nächtliche Unruhe, Umtriebigerkeit und Aggressivität, die den Umgang mit den Patienten erschwerten.
- Besondere Betreuungsangebote waren selten zu finden. Wenn sie zu finden waren, bestanden die Maßnahmen überwiegend in Orientierungshilfen, im Anbringen von Bettseitenteilen und im Entlassungsmanagement.
- Schulung und Weiterbildung zum Thema Demenz sind eine Ausnahme.
- Nach wie vor selten sind Pflegekräfte mit gerontopsychiatrischer oder altenpflegerischer Ausbildung sowie sonstige spezielle Betreuungskräfte auf den Stationen tätig.

Antragsteller      Unterbezirk Fürth

### Einführung einer Pflegekammer

Adressat/en      Landesparteitag

- 1 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine
- 2 Weiterentwicklung der „Vereinigung der Pflegenden in
- 3 Bayern“ zu einer echten Pflegekammer einzusetzen.

### Empfehlung Antragskommission

Erledigt durch Abstimmung über G2

### Begründung

Berufskammern sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, welche die Interessen der Gesellschaft bzw. der Bevölkerung zu deren Wohl stellvertretend für den Staat wahrnehmen. Die Berufsangehörigen wiederum verpflichten sich, ihre Aufgaben gewissenhaft und verantwortungsvoll zu erfüllen.

Das grundsätzliche Ziel einer Pflegekammer ist daher die Sicherstellung einer sachgerechten, professionellen Pflege für die Bürgerinnen und Bürger entsprechend aktueller pflegewissenschaftlicher Erkenntnisse.

Die Pflegekammer hat die Aufgabe, die beruflichen Belange der Pflegenden zu fördern und unter Beachtung der Interessen der Bevölkerung zu überwachen.

Verkammerte Berufe werden in der Öffentlichkeit und im politischen Raum verstärkt wahrgenommen. Dies erhöht die Wertschätzung des Berufs und macht pflegerische Expertise in der Politikberatung und Gesetzgebung verfügbar. Die Verkammerung dient der Stiftung einer beruflichen Identität des Pflegeberufs. (Quelle DBfK)

Seit April 2017 gibt es in Bayern die „Vereinigung der Pflegenden in Bayern“ als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Unterschiede zwischen einer „echten“ Pflegekammer und der Mogelpackung „Vereinigung der Pflegenden in Bayern“ sind folgende:

Pflegekammer	Vereinigung der Pflegenden
Registrierung aller Pflegenden	Freiwillige Mitgliedschaft
Auf Augenhöhe mit anderen Heilberufen	Nicht im Heilberufekammergesetz verankert
Vertretung in einer Bundespflegekammer	Vertretung in einer Bundespflegekammer ausgeschlossen
Unabhängig, da Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge	Finanzierung in Abhängigkeit von Haushaltsentscheidungen der Regierung

(Quelle DBfK)

Eine Befragung der beruflich Pflegenden zur Einrichtung einer Pflegekammer ergab folgendes Ergebnis: Für eine Pflegekammer stimmten 50% der Befragten, dagegen waren 34% und mit weiß nicht/keine Angabe haben 16% abgestimmt.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Regulieren statt kriminalisieren - Eine neue Cannabispolitik ist nötig**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag, Landtagsfraktion,  
Bundestagsfraktion

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür  
2 einzusetzen, dass die rechtlichen Grundlagen für eine  
3 staatlich kontrollierte Produktion und Abgabe von Can-  
4 nabisprodukten an Erwachsene und deren legalen Besitz  
5 geschaffen werden. Hierbei sind die Anforderungen des  
6 Gesundheits-, Verbraucher- und Jugendschutzes in Bezug  
7 auf Produktion und Vertrieb zu berücksichtigen.  
8 In einem Zwischenschritt soll durch eine sofortige Ände-  
9 rung der entsprechenden bundesrechtlichen Grundlagen  
10 unmittelbar den Bundesländern das Recht gegeben wer-  
11 den über Zulassung und Durchführung wissenschaftli-  
12 cher Modellprojekte zur Abgabe von Cannabis an er-  
13 wachsene Konsumenten zu ermöglichen bzw. die rechtli-  
14 chen Rahmenbedingungen für die Genehmigung von  
15 wissenschaftlichen Forschungsprojekten wesentlich zu  
16 vereinfachen.

**Empfehlung Antragskommission**  
Annahme

### **Begründung**

Die Frage der Cannabis-Legalisierung bestimmt die gesellschaftliche Diskussion zunehmend. Die derzeitige Kriminalisierung der Konsumenten macht die Schwäche der bisherigen Cannabispolitik aus. Denn: Kein Verbot und keine Strafverfolgung führen zum Rückgang des Konsums. Im Gegenteil: Die repressiven Maßnahmen führen aktuell dazu, dass Menschen gesellschaftlich stigmatisiert und durch soziale Ausgrenzung vielfach nicht akzeptiert werden.

Die Verbotspolitik bindet darüber hinaus enorme finanzielle und personelle Ressourcen, die an anderen Stellen bei Polizei und Justiz fehlen.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Umgestaltung der EU-Urheberrechtsreform**

„Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt“

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion,  
SPE-Fraktion

1    Automatisierte Uploadfilter<sup>2</sup> gefährden die Meinungs-  
2    freiheit sowie die wichtige Informationsfreiheit im Inter-  
3    net. Die SPD setzt sich deshalb dafür ein, wie im Koaliti-  
4    onsvertrag mit der CDU/CSU verabredet, die derzeit  
5    durch die EU-Kommission angestrebte Umsetzung der  
6    EU-Urheberrechtsreform umzugestalten und, insbeson-  
7    dere im Hinblick auf Artikel 13 der Richtlinie, die Einrich-  
8    tung von automatisierten Uploadfiltern<sup>2</sup> im Internet zu  
9    verhindern.

### **Empfehlung Antragskommission**

Erledigt durch die Beschlussfassung  
über die EU-Urheberrechtsrichtlinie

### **Begründung**

Wir sehen bei der Umsetzung der Urheberrechtsreform, insbesondere durch Artikel 13 die Meinungsfreiheit und die Informationsfreiheit im Internet bedroht. Zusätzlich, wie schon der Europäische Gerichtshof 2012 festgestellt hat macht es keinen Sinn, ebenfalls die unternehmerische Freiheit damit zu beeinträchtigen!

Aus Wikipedia:

*„Anfang 2012 entschied der Europäische Gerichtshof, dass soziale Netzwerke nicht dazu verpflichtet sind, mittels automatisierter Uploadfilter<sup>2</sup> die Beiträge der Nutzer auf Urheberrechtsverletzungen zu kontrollieren. Das Gericht begründete dies zum einen mit dem Verbot einer allgemeinen Überwachungspflicht. Zum anderen beeinträchtigt dies die unternehmerische Freiheit, da teure und komplizierte Informatiksysteme dafür notwendig seien. Geklagt hatte eine Verwertungsgesellschaft gegen das soziale Netzwerk Netlog.“<sup>1</sup>*

Aktuell werden Uploadfilter<sup>2</sup> schon von vielen Plattformen<sup>3</sup> benutzt, jedoch nicht für Urheberrechtsverletzungen. Facebook setzt sie beispielsweise ein, um ungewünschten Inhalt wie z.B. Pornografie

<sup>1</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Upload-Filter>

<sup>2</sup> „Uploadfilter“ ist in dieser Begründung die direkte Bezeichnung der „angemessenen und Verhältnismäßigen Maßnahmen“ umschriebenen Änderung der EU-Urheberrechtsreform von Artikel 13. Dies beschreibt eine Softwareseitige Zensur, nicht gewünschter Inhalte der Nutzer. Da diese Software keine emotionale Entscheidungskraft besitzt, werden dann zwangsweise fälschlich eingestufte Urheberrechtsverletzungen ausgesperrt, die dann eine weitere Bearbeitung benötigen.

<sup>3</sup> „Plattformen“ wird in dieser Begründung genutzt, um Anbieter im Internet zu bezeichnen. Diese sind z.B. YouTube, Facebook, Wikipedia aber auch kleine Seiten wie ein Kochforum oder eben eine Datingseite wie Parship. Also alles, was eine Kommentarfunktion besitzt oder eben die Möglichkeit, dass Nutzer Inhalte wie Bilder, Videos oder auch Texte verbreiten kann.



# MittelfrankenSPD

aufzudecken. Dies gelingt aber leider nur mäßig. Aus Erfahrung werden bei einer zu engen Ausfilterung eben z.B. auch Bilder einer Familie im Schwimmbad ausgefiltert. Hier müsste die Familie dann wieder einen Widerspruch einlegen, der Zeit in Anspruch nimmt für den Nutzer und die Plattform<sup>3</sup>. Also würden aus Erfahrungswerten die meisten Nutzer es hiermit belassen und sich der aufgezwungenen Zensur aussetzen.

Die einzige Software, die aktuell aktiv mit Urheberrechtsverletzungen arbeitet, ist das „Content ID“ System von Googles Tochtergesellschaft YouTube. Selbst diese Software hat neben Millionen von Dollar Kosten auch seine Macken und Fehler und findet nicht alles.

Das „Content-ID“ System ist aber kein klassischer Filter<sup>2</sup>. Dieses System sieht sich das hochgeladene Material nach der Veröffentlichung an und vergleicht es mit Vorlagen in einer Datenbank. Gibt es hier einen vergleichbaren wert, wird der Inhalt dessen Nutzer es veröffentlichte gekennzeichnet und geprüft. Dem Rechteinhaber wird hier die Entscheidung überlassen seine Werbungseinnahmen auf dem Video zu platzieren, es löschen zu lassen oder anderes.

Aus Wikipedia:

*„Urheberrechtinhaber können sogenannte Referenzdateien in die Referenzdatei-Datenbank (oder: ‚Content-ID-Datenbank‘) hochladen. Jedes hochgeladene Video wird mit allen Referenzdateien verglichen. Werden Übereinstimmungen gefunden, wird je nach Auswahl des Urheberrechtinhabers das Video gesperrt, Werbung zugunsten desjenigen, der die Datei hochgeladen hat, deaktiviert oder Werbung zugunsten des Urheberrechtinhabers geschaltet. Die Content-ID-Datenbank umfasst mehr als fünf Millionen Dateien. Von Seiten vieler YouTube-Benutzer wird das Content-ID-System heftig kritisiert; die Algorithmen erkennen häufig auch legal hochgeladene und monetarisierte Videos und YouTube prüft nicht, ob derjenige, der die Referenzdatei hochgeladen hat, tatsächlich Urheber der Datei ist, was Missbrauch zulässt.“<sup>4</sup>*

Grundsätzlich ist zu überdenken, das erkannte Problem mit dem Urheberrecht über vollautomatisierte Software abzuwickeln, die vorhandenen Softwarelösungen sind nicht effektiv genug. Eine Software zu entwickeln ist zum einen wirtschaftlich eine Herausforderung und zum anderen technisch einfach nicht umsetzbar ohne permanente Einschränkungen der Nutzer zu gewährleisten.

## **Zitat aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD der 19. Legislaturperiode:**

*„Eine Verpflichtung von Plattformen zum Einsatz von Upload-Filtern, um von Nutzern hochgeladene Inhalte nach urheberrechtsverletzenden Inhalten zu „filtern“, lehnen wir als unverhältnismäßig ab.“<sup>5</sup>*

Ebenfalls aus Wikipedia zwecks des Koalitionsvertrags:

*„Ein breites Bündnis mit mehr als 145 europäischen Organisationen und Institutionen forderte im Juli 2018 die EU-Abgeordneten dazu auf, im Plenum gegen die Reform in der damaligen Fassung zu stimmen.*

*Die netzpolitischen Vereine der Parteien CDU, CSU, SPD und FDP sprachen sich ebenfalls im Juli 2018 gegen Upload-Filter<sup>2</sup> aus; sie verwiesen auf den Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD, der Upload-Filter<sup>2</sup> als unverhältnismäßig ablehnte.“<sup>6</sup>*

## **Artikel 13 der Urheberrechtsreform grundsätzlich:**

Aus Wikipedia:

*„Am 20. Juni 2018 stimmte der Justizausschuss des EU- Parlaments den Kompromissanträgen zum Entwurf vom zuständigen Berichterstatter Axel Voss (CDU) zu. Artikel 13 des*

<sup>4</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/YouTube#Content-ID>

<sup>5</sup> [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag\\_2018-2021.docx](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2018-2021.docx)

<sup>6</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Urheberrechtsreform\\_der\\_Europ%C3%A4ischen\\_Union#Artikel\\_13](https://de.wikipedia.org/wiki/Urheberrechtsreform_der_Europ%C3%A4ischen_Union#Artikel_13)

# MittelfrankenSPD

*Entwurfes sieht vor, Online-Plattformen mit nutzergenerierten Inhalten dazu zu verpflichten, durch ‚angemessene und verhältnismäßige Maßnahmen‘ die Verbreitung nicht-lizenzierter Werke zu verhindern.“<sup>7</sup>*

Um diesen geforderten Maßnahmen gerecht zu werden, muss es eine vollautomatische Software sein, die per Voreinstellung alles andere nicht mehr zulässt. Es ist nichts anderes als alle durch Nutzer erzeugten Inhalte des Internets vor dem „uploaden“ bzw. veröffentlichen auf Plattformen<sup>3</sup> wie Facebook, YouTube, Wikipedia u.v.a. durch einen softwareseitigen Filter<sup>2</sup> zu begutachten und bei Verdacht sofort zu blockieren, umgangssprachlich auch Zensur genannt.

---

<sup>7</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Urheberrechtsreform\\_der\\_Europ%C3%A4ischen\\_Union#Legislativer\\_Prozess](https://de.wikipedia.org/wiki/Urheberrechtsreform_der_Europ%C3%A4ischen_Union#Legislativer_Prozess)

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Vertrauliche Spurensicherung nach einer Vergewaltigung**

Adressat/en            Landesparteitag

- 1 Wir fordern die SPD auf, mit den Nürnberger Kliniken ins
- 2 Gespräch zu gehen und eine schnelle Lösung für Nürn-
- 3 berg zu finden, wie Betroffene unkompliziert und nied-
- 4 rigschwellig eine vertrauliche Spurensicherung nach Ver-
- 5 gewaltigung in Nürnberger Kliniken durchführen lassen
- 6 können.

#### **Begründung**

Als ein Beispiel zur Orientierung kann [www.soforthilfe-nach-vergewaltigung.de](http://www.soforthilfe-nach-vergewaltigung.de) genannt werden.

In Nürnberg und vielen anderen Städten (in Bayern) gibt es keine Möglichkeit der Spurensicherung nach Vergewaltigung, ohne diese gleichzeitig polizeilich anzuzeigen. In Nürnberg ist bspw. die gängige Praxis, dass betroffene Frauen und Männer nur mit Begleitung der Polizei im Klinikum eine Spurensicherung durchführen lassen können. Für viele Menschen ist es in den Stunden nach einer Vergewaltigung psychisch nicht möglich über den Vorfall zu sprechen und zu entscheiden, ob und wann sie anzeigen wollen. Eine polizeiliche Anzeige bedeutet gezielt und ausführlich befragt zu werden, was anfangs oft abschreckend oder psychisch gar nicht möglich ist. Eine vernünftige Spurensicherung kann nur bis höchstens 1-2 Tage nach der Vergewaltigung gewährleistet werden.

Um betroffenen Menschen die Möglichkeit zu geben auch später noch zu entscheiden ob sie anzeigen wollen und die Möglichkeit von gesicherten Spuren als Beweismaterial zu haben, fordern wir, dass flächendeckend Kliniken befähigt werden eine vertrauliche Spurensicherung durchführen zu dürfen.

#### **Empfehlung Antragskommission**

Annahme in geänderter Fassung:  
Ersetze kompletten Antragstext durch „Wir fordern, eine schnelle Lösung zu finden, wie Betroffene unkompliziert und niedrigschwellig eine vertrauliche Spurensicherung nach Vergewaltigung in Kliniken durchführen lassen können. Die SPD-Landtagsfraktion soll entsprechend aktiv werden.“

Antragsteller            Unterbezirk Fürth

### **Einhaltung des Tierschutzgesetzes §1 Absatz 1 – Ferkelkastration ohne Betäubung stoppen**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag

- 1 Wir fordern den sofortigen Stopp der Kastration von
- 2 Schweineferkeln ohne Betäubung.

**Empfehlung Antragskommission**  
Erledigt durch Beschlussfassung im  
Bundestag

#### **Begründung**

In Deutschland werden zum Fleischverzehr 60 Millionen Schweine/Ferkel aufgezogen und gehalten. Den Ferkeln werden ohne Betäubung die Hoden entfernt. Das ist eine barbarische Praxis in Deutschland, die in Schweden so beispielsweise überhaupt nicht möglich ist. In Schweden spricht man nicht von Wettbewerbsverzerrung, wie der Bauernverband, um sich die Kosten von -nur -fünf- Euro für eine örtliche Betäubung zu sparen, um beim Tier heftige Schmerzen zu vermeiden. Tiefstpreise für Schweinefleisch im LEH dürfen in diesem Zusammenhang keine Rolle spielen. Die aktuelle Praxis in Deutschland ist ein klarer Verstoß gegen das TierSchG in Deutschland, so §1, Absatz 1: „Das Tierschutzgesetz in D ist als Gesetz zu dem Zwecke erlassen, aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen.“

Auch das Kupieren von Schweineringschwänzen ist seit 25 Jahren lt. EU-Richtlinie verboten. Interessiert niemanden in der fleischproduzierenden Industrie.

Es gibt in Deutschland 1.066 Gütezeichen, eines davon ist, das von Politik und Fleischindustrie geschaffene Tierwohl-Label, die bisherige Praxis der Entfernung der Hoden ohne Betäubung und das Kupieren der Schweineringschwänze lassen das Tierwohl-Label zur absoluten Farce werden. Das ist einer sog. zivilisierten Gesellschaft nicht würdig.

Der Dichter Christian Morgenstern sagte: „Weh(e) dem Menschen, wenn nur ein einziges Tier im Weltgericht sitzt.“ Wie wahr, ich würde gerne ergänzen: Würde man den Verantwortlichen für die barbarische Praxis wie oben beschrieben an die Weichteile gehen, die Vorschriften wären sofort geändert.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### Für ein Recht auf Arbeit, Ausbildung, Grundsicherung und gesellschaftliche Teilhabe

Adressat/en            Landesparteitag, SPD Landtagsfraktion

1 Wir brauchen eine grundlegende Reform der sozialen Si-  
2 cherungssysteme, im Besonderen eine Weiterentwick-  
3 lung der Grundsicherung. Die SPD setzt sich deshalb für  
4 folgende Punkte ein:

5

#### 6 **Arbeitslosenversicherung**

- 7 • einen verlängerten Bezug des Arbeitslosengeld I  
8 und eine Berücksichtigung der Lebensleistung.  
9 Wer ein Jahr gearbeitet hat, soll Anspruch auf ein  
10 Jahr Arbeitslosengeld haben. Zusätzlich wird die  
11 Gewährung für jedes Beitragsjahr um einen Mo-  
12 nat verlängert.

#### 13 **Grundsicherung**

- 14 • eine grundsätzliche Überarbeitung und Erhöhung  
15 der Regelsätze, die sich an der Lebenswirklichkeit  
16 und nicht an statistischen Modellen orientiert.  
17 Zudem muss das Prinzip der Bedarfsgemeinschaft  
18 abgeschafft werden und eine individuelle Unter-  
19 stützung erfolgen. Damit wird auch dem sich ver-  
20 änderten Familienbild Rechnung getragen. Insge-  
21 samt braucht es eine deutliche Vereinfachung des  
22 Leistungsrechts.
- 23 • eine Erhöhung der anrechnungsfreie Zuverdienst-  
24 grenze im Rahmen der Grundsicherung, um einen  
25 Anreiz zu schaffen, möglichst viel für den Lebens-  
26 unterhalt selbst zu erwirtschaften.
- 27 • eine eigenständige Kindergrundsicherung, die die  
28 vielfältigen kinder- und familienbezogenen Leistun-  
29 gen zusammenführt. Jedes Kind muss unserer Ge-  
30 sellschaft gleich viel wert sein. Dies muss sich  
31 auch in der finanziellen Unterstützung von Fami-  
32 lien widerspiegeln.
- 33 • eine Reform der derzeitigen Sanktionsregeln und  
34 eine Abschaffung der verschärften Sanktionsre-  
35 geln für Jugendliche. Sanktionen dürfen nieman-  
36 den in eine existenzbedrohende Situation oder

#### **Empfehlung Antragskommission**

Annahme bei Streichung der  
Adressat/en

# MittelfrankenSPD

37 gar Obdachlosigkeit bringen. Insgesamt müssen  
38 qualifikatorische Voraussetzungen und berufliche  
39 Erfahrungen stärker bei den Zumutbarkeitsregeln  
40 zur Arbeitsaufnahme berücksichtigt werden.

- 41 • eine deutliche Erhöhung des Schonvermögens,  
42 damit Betroffene vor allem ihre selbstgenutzten  
43 Wohnungen oder Wohnhäuser behalten können.  
44 Das gewährte Schonvermögen sollte sich am Le-  
45 bensalter orientieren.
- 46 • ein neues Wohngeld-System, das die bisherigen  
47 Leistungen des Wohngelds und die Kosten der  
48 Unterkunft (KdU) zusammenführt. Das System  
49 soll sich am Haushaltseinkommen orientieren, die  
50 Nebenkosten und Energiekosten sowie die Situa-  
51 tion des Wohnungsmarktes vor Ort mitberück-  
52 sichtigen. Als SPD setzen wir dabei auf den öffent-  
53 lichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau.

## 54 Rentenversicherung

- 55 • eine solidarische Grundrente, die die Lebensar-  
56 beitszeit, die geleisteten Sozialversicherungsbei-  
57 träge und Erziehungszeiten in Stufen berücksich-  
58 tigt und nach einem Erwerbsleben ein Auskom-  
59 men über dem Niveau der Grundsicherung garan-  
60 tiert.

## 61 Qualifizierung und Arbeitsmarkt

- 62 • einen Rechtsanspruch auf einen Schulabschluss,  
63 auf berufliche Weiterbildung im Betrieb und eine  
64 adäquate berufliche Qualifizierungsmaßnahme  
65 bis hin zur Umschulung im Rahmen des Sozialver-  
66 sicherungssystems. Die Zeit der Qualifizierung  
67 wird nicht auf die Gewährungsfrist des Arbeitslo-  
68 sengeld I angerechnet.
- 69 • den „Sozialen Arbeitsmarkt“ als Regelinstrument  
70 zu verstetigen. Der Zugang soll durch Erweiterung  
71 des Personenkreises erleichtert werden und die  
72 Vermittlungsbemühungen in den regulären Ar-  
73beitsmarkt sollen aus der Arbeit heraus weiter-  
74 laufen.
- 75 • eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf  
76 12 Euro und für Bayern ein Tariftreue- und Verga-  
77 begesetz.

## Begründung

*„Jede Frau und jeder Mann hat das Recht auf Arbeit. Arbeit ist der Schlüssel für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie gibt Lebenssinn und Anerkennung. Arbeit verhindert soziale Ausgrenzung und ermöglicht ein selbst bestimmtes Leben.“*

SPD-Grundsatzprogramm

# MittelfrankenSPD

Das Ziel sozialdemokratischer Politik ist ein starker Sozialstaat, der Armut bekämpft, den Menschen gleiche Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben eröffnet, gerechte Teilhabe gewährleistet und die großen Lebensrisiken verlässlich absichert.

Arbeitswelt und Arbeitsmarkt wandeln sich. Unsere sozialen Sicherungssysteme müssen diese Entwicklungen begleiten und auch unter veränderten Rahmenbedingungen ein Recht auf Arbeit, Ausbildung, Grundsicherung und gesellschaftlichen Teilhabe garantieren.

Die volkswirtschaftlich guten Rahmendaten dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es immer noch zu viele prekäre und schlecht entlohnte Beschäftigungsverhältnisse gibt. Die Digitalisierung und sogenannte Plattform-Ökonomie drohen diese Missstände in vielen Bereichen noch zu verschlimmern. Es ist und bleibt Aufgabe sozialdemokratischer Politik, sich diesen entgegen zu stellen, für gute Arbeit und Tarifverträge zu kämpfen und auch die weit verbreiteten Abstiegsängste zu nehmen.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Arbeitslosengeld II herzlich reformieren**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag

- 1    Wir fordern:
- 2        1) Erhöhung der Hartz-IV- Sätze um 100€.
- 3        2) Abschaffung der Vermögensgrenzen
- 4        3) Jeder eingenommene Euro einer/s Arbeitslosen-
- 5            geld II-BezieherIn oder BezieherInnen von Grund-
- 6            sicherung wird maximal zur Hälfte auf die Bezüge
- 7            angerechnet
- 8        4) Sanktionen gegenüber Arbeitslosengeld II-Bezie-
- 9            herInnen werden auf maximal 150€ beschränkt,
- 10           wenn der/die Arbeitslosengeld II-BezieherIn über
- 11           Vermögen von weniger als 3.000€ verfügt. Die
- 12           Nachweispflicht obliegt der/dem Arbeitslosen-
- 13           geld II-BezieherIn.
- 14        5) Wohnungsgrößenbeschränkungen und Mie-
- 15           tobergrenze werden abgeschafft. Jede/r Berech-
- 16           tigte/r hat Anspruch auf 50 Prozent der individu-
- 17           ellen gegenwärtigen Mietobergrenze und 50 Pro-
- 18           zent der real anfallenden Mietkosten. Ein besse-
- 19           res System mit einem individuellen Anreiz günsti-
- 20           geren Wohnraum zu beziehen und die Berech-
- 21           nung zu entbürokratisieren ist zu erarbeiten

### **Empfehlung Antragskommission**

Erledigt durch S1

Sollte der Wunsch sein, Forderungen aus diesem Antrag zu beschließen, empfiehlt die Antragskommission, diese als Änderungsanträge zu Antrag S1 einzubringen

### **Begründung**

Die Einführung des Arbeitslosengeld II hat Ungerechtigkeiten in Bezug auf Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe beseitigt und den Verschiebepbahnhof zwischen beiden Systemen beendet. Durch die Reform haben viele Menschen Zugang zu der Jobvermittlung bekommen. Der durch die Hartz-Reformen erzeugte Druck und die Förderungsmaßnahmen haben dazu geführt, dass mehr Menschen Beschäftigung gefunden haben.

Die Hartz-Reformen hatten aber auch zur Folge, dass die Löhne im unteren Segment gesunken sind, die Angst vor dem sozialen Abstieg bei der Mittelschicht angekommen ist und die deutsche Wirtschaft auf Kosten anderer EU-Staaten Wachsen konnte.

Leistung muss sich lohnen, auch für Arbeitslosengeld II-BezieherInnen. Das gegenwärtige Problem ist, dass Menschen zu sehr überwacht und zu wenig für eigene Anstrengungen belohnt werden. So zahlt es sich gegenwärtig häufig nicht aus ein paar Stunden länger zu arbeiten oder Geld für



# MittelfrankenSPD

schlechte Zeiten zurückzulegen.

Millionäre werden auch nach Abschaffung der Vermögensgrenzen kein Hartz-IV beziehen, da die normalerweise erzielten Kapitaleinkünfte deutlich über den Hartz-IV-Sätzen liegen.

Antragsteller      Unterbezirk Nürnberg

### Vermögen bei Langzeitarbeitslosigkeit unangetastet lassen – keine Reduzierung auf „Schon“-vermögen

Adressat/en      Landesparteitag, Bundesparteitag

- 1 Die SPD als Partei der Arbeitnehmer setzt sich dafür ein,
- 2 dass bei Langzeitarbeitslosigkeit und Bezug von Hartz IV
- 3 das Vermögen unangetastet bleibt und nicht auf das
- 4 „Schon“-vermögen reduziert wird. Der Vermögensnach-
- 5 weis vor dem Job-center ist abzuschaffen.
- 6 Die Bundesagentur für Arbeit soll beauftragt werden, die
- 7 Kosten für die Maßnahme zu berechnen. Die Finanzie-
- 8 rung ist über den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung
- 9 und/oder eine Digitalisierungsabgabe zu lösen.

#### Empfehlung Antragskommission

Erledigt durch S1

Sollte der Wunsch sein, Forderungen aus diesem Antrag zu beschließen, empfiehlt die Antragskommission, diese als Änderungsanträge zu Antrag S1 einzubringen

#### Begründung

Zwischen 15 und 20% der arbeitslos gewordenen Arbeitnehmer (siehe Tabelle unten) gelingt es während eines Jahres nicht einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Sie werden dann als „Langzeitarbeitslose“ diskreditiert. Dieses „Damoklesschwert“ des Absturzes schwebt ebenso über den 80% bis 85% der Arbeitnehmer, die einen Arbeitsplatz finden, was sich auch bei der „Zumutbarkeit“ bei Angeboten für einen neuen Arbeitsplatz auswirkt.

In den Zeiten der Digitalisierung, der Firmenübernahmen und der Globalisierung ist die Bewegung am Arbeitsmarkt auch bei guter Beschäftigungslage hoch und die „Chance“ arbeitslos zu werden ebenfalls.

Deshalb ist es für alle 33 Millionen lohnabhängigen Arbeitnehmer nötig und wichtig, diese Drohsituation zu beseitigen. Jegliche private Vorsorge für die Rentenbildung wird mit der Reduzierung auf das Schonvermögen unmöglich gemacht.

Tabelle: Dauer der Arbeitslosigkeit

	2008*	2010*
bis zu 3 Monate	46,0	45,5
3 bis 6 Monate	19,0	19,3
6 bis 12 Monate	15,6	17,3
12 Monate und mehr	19,5	17,9

11 weitere Zeilen • 03.06.2013

Dauer der Arbeitslosigkeit | bpb

[www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale...in.../dauer-der-arbeitslosigkeit](http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale...in.../dauer-der-arbeitslosigkeit)

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Automatisches elternunabhängiges Bafög für Kinder von Empfänger\*innen von SGB II Leistungen**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

1    Wir fordern die Erweiterung von § 11 Abs. 3 des Bundes-  
2    ausbildungsförderungsgesetzes. Dieser soll zukünftig  
3    ebenfalls gelten, wenn der\*die unterhaltspflichtige(n) Er-  
4    ziehungsberechtigte(n) Bezieher\*innen von Leistungen  
5    zur Grundsicherung von Arbeitssuchenden gemäß SGB II,  
6    auch Hartz IV genannt, sind.

**Empfehlung Antragskommission**  
Annahme in geänderter Fassung:  
Streiche im Titel „Automatisches  
elternunabhängiges“

#### **Begründung**

Kein anderer Faktor entscheidet mehr über die Zukunft und das Leben eines Menschen so sehr, wie die Bildung, die er oder sie genossen hat. Aus diesem Grund ist der Zugang zu Bildung nicht nur ein Grund-, sondern ein Menschenrecht und muss für jede Person, unabhängig von Herkunft und Einkommen des Elternhauses, offenstehen. Das bedeutet in der Konsequenz aber nicht nur, dass der Besuch von Bildungseinrichtungen grundsätzlich kostenfrei sein muss, sondern auch, dass die Gesellschaft Menschen aus einkommensschwachen sozioökonomischen Verhältnissen bei der Bestreitung ihres Lebensunterhalts während der Ausbildung, sei diese nun akademisch oder beruflich, unterstützen muss. Nur so lässt sich verhindern, dass sich eine starre und undurchlässige Gesellschaftsstruktur etabliert, in der die Reichen und Gebildeten unter sich bleiben und Menschen aus prekären Verhältnissen keine Aufstiegschance erhalten. Zu diesem Zweck existiert das Bundesausbildungsförderungsgesetz, kurz Bafög genannt.

Trotz der Möglichkeit durch diese unterstützenden Leistungen eine Ausbildung oder ein Studium zu beginnen, bestehen weiterhin, insbesondere in bildungsfernen Milieus, große Hemmungen dies zu tun. Das hängt einerseits mit mangelnden Informationen über Bafög Leistungen zusammen, liegt aber auch andererseits an dem abschreckend erscheinenden bürokratischen Prozess. Dieser resultiert insbesondere aus der Berücksichtigung des Elterneinkommens bei der Berechnung der Bafög Ansprüche. In Ausnahmefällen ist es jedoch möglich, dass dieses nicht berücksichtigt wird, da der bürokratische Mehraufwand in keinem Verhältnis zu seinem Nutzen steht. Dies gilt derzeit aber nicht für den Fall, dass die unterhaltspflichtigen Elternteile Bezieher\*innen von Sozialleistungen sind. In jedem Fall würde der\*die Antragsteller\*in dieser Situation einen Bafög Anspruch erhalten, der identisch mit dem eines elternunabhängigen Bafög Antrags wäre. Nicht nur, dass der Prozess der Einkommensprüfung der Eltern hier keinerlei Sinn ergibt und der langwierige Prozess abschreckend wirken kann, er verschlingt auch noch Zeit und Geld, welches an anderer Stelle deutlich besser eingesetzt werden könnten.

All diese Gründe sprechen eindeutig für die Reform des § 11 Abs. 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Einrichtung einer Kommission zur Prüfung der notwendigen Rahmenbedingungen für ein bedingungsloses Grundeinkommen**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag

1 Die SPD möge unter Beteiligung externer Sachverständi-  
2 ger, wie z.B. des Deutschen Instituts für Wirtschaftsfor-  
3 schung (DIW), eine Kommission einrichten, welche sich  
4 mit den erwartbaren Auswirkungen der Digitalisierung  
5 auf die Gesellschaft, die Sozialsysteme und ihre Finanzie-  
6 rung beschäftigt und mögliche sozialdemokratische Stra-  
7 tegien, wie z.B. das bedingungslose Grundeinkommen,  
8 und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen erar-  
9 beitet und eine Umsetzungsstrategie entwickelt.

### **Empfehlung Antragskommission Abstimmung**

#### **Begründung**

Die Welt ist steht vor einem Umbruch, wie es unsere Generationen noch nicht erlebt haben. Schon jetzt ist absehbar, dass ein großer Teil der heutigen Berufe und Tätigkeiten in der Zukunft im Rahmen der Digitalisierung durch Computer übernommen werden. Der unvermeidliche Vormarsch der KI (künstliche Intelligenz) wird, wie einst die Dampfmaschine die Weber, mittelfristig vor allem Berufe in der Logistik (autonomes Fahren) aber auch und das ist neu, Berufe mit starken geistigen Anforderungen, wie z.B. Juristen oder Verwaltungsberufe ersetzen.

Natürlich werden viele, vorrangig handwerkliche Berufe bleiben und sich auch neue Tätigkeiten, vor allem in Bereichen, die Sozialkompetenz erfordern, ergeben. Aber es werden nicht ansatzweise so viele Tätigkeiten sein, um die weggefallenen zu ersetzen und die meisten der neuen Jobs werden aufgrund ihrer hohen Anforderungen (quartärer Sektor<sup>1</sup> => z.B. Projektmanager) nur in Ausnahmefällen von den freigestellten Menschen ausgeübt werden können.

Unsere Gesellschaft steht also vor einem riesigen Umbruch und wir als SPD sind gefragt, etwas tun und ein positives Bild, eine Utopie, für die Zeit nach dem Ende der Leistungsgesellschaft zu entwickeln. Denn wenn nicht wir eine positive Erzählung von der Zukunft präsentieren und ihr den Weg ebnen, wird unsere Gesellschaft zwangsläufig einen anderen Weg nehmen.

Das kann gut gehen. Wir könnten aber auch in einem digitalen Totalitarismus aufwachen. In China kann man aktuell beobachten, wie ein solches System entsteht. Alle Bürger werden zu jeder Zeit mit Kameras überwacht und das Verhalten wird analysiert. Fehlverhalten im Sinne der Obrigkeit, führt zu einem schlechteren Wert, was den Zugang zu Leistungen aber auch dem Wahlrecht unterbinden kann.

Das Thema Digitalisierung ist äußerst komplex und die Implikationen für den Einzelnen kaum abschließend zu erfassen. Deswegen lasst uns den Weg gehen und uns Rat von Menschen einholen,

---

<sup>1</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftssektor#Quartärsektor>

# MittelfrankenSPD

die sich seit langem tiefgreifend mit der Thematik befassen und eine andere, eine sozialdemokratische Zukunftsvision gestalten, als es uns China oder das Silicon Valley vorgeben wollen.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Recht auf Grundsicherung während der Ausbildung in Werkstätten für behinderte Menschen**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

1 Die SPD soll sich dafür einsetzen, dass Personen die in ei-  
2 ner Werkstatt für behinderte Menschen den Eingangs-  
3 und Berufsbildungsbereich durchlaufen wieder die  
4 Grundsicherung bekommen. Nach einer Neufassung im  
5 SGB XII (Paragraf 45 Satz 3) wurde diesen Menschen die  
6 Auszahlung verwehrt.

### **Empfehlung Antragskommission**

#### **Begründung**

Die Rechtsauslegung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, dass die dauerhafte und volle Erwerbsminderung von Beschäftigten in der Werkstatt für behinderte Menschen erst nach Ende des Berufsbildungsbereichs festgestellt werden könne, ist nicht akzeptabel. Ab dem 18. Lebensjahr haben junge Erwachsene mit Behinderung wegen ihrer Erwerbsminderung Anspruch auf Grundsicherung. Da Beschäftigte die Voraussetzungen für den Berufsbildungsbereich einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung bereits erfüllt haben ist von einer vollen Erwerbsminderung auszugehen. Dazu siehe das Schreiben vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit u. Soziales vom 10. Januar 2019.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### Die Rente muss zum Leben reichen

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag

- 1 Wir fordern in der gesetzlichen Rentenversicherung:  
2     1) Ein Rentenniveau in Höhe von 50 Prozent des  
3        Nettolohnes  
4     2) 0,5 Rentenpunkte pro Ausbildungs- oder Weiter-  
5        bildungsjahr (maximal drei Rentenpunkte)  
6     3) Keinen Abschlag bei Erwerbsminderungsrenten  
7     4) Einen flexiblen Renteneintritt mit Anreizsystemen zur Weiterbeschäftigung, wie z.B. doppelte  
8        Rentenpunktzahl ab dem 63ten Lebensjahr, kein  
9        Ende des Arbeitsverhältnisses mit Erreichung eines bestimmten Alters  
10    5) Deckelung des Beitragsatz auf 25 Prozent. Ein  
11        evtl. entstehendes Beitragsloch ist aus dem  
12        Staatshaushalt zu decken.  
13    6) Einbeziehung von BeamtInnen in das Rentenver-  
14        sicherungsprinzip entweder durch direkte Einbe-  
15        ziehung oder durch indirekte Einbeziehung d.h.  
16        Gleichstellung mit RentnerInnen z.B. in der Form,  
17        dass ihre Rentenhöhe so berechnet wird, als ob  
18        sie 45 Beitragsjahre in der Rentenversicherung  
19        aufweisen würde und eine Rentenpunktzahl er-  
20        halten hätten, die ihrem durchschnittlichen Ge-  
21        halt entsprochen hätte  
22    7) Rentenversicherungspflicht für Selbstständige,  
23        die über kein eigens Versorgungswerk verfügen  
24        und sich freiwillig für dieses Versorgungswerk  
25        entscheiden  
26  
27  
28 Wir fordern bei den privaten Rentenversicherungen:  
29     1) Eine Reduzierung der Verwaltungskosten auf drei  
30        Prozent der Beiträge  
31     2) Ein Auslaufen der staatlichen Förderung  
32     3) Ein Festhalten an der steuerlichen Absetzbarkeit  
33     4) Ein steuerliches Privileg bei der Auszahlung in  
34        Form eines Steuerfreibetrages  
35 Wir fordern bei den Betriebsrenten:  
36     1) Pflicht zur Einführung bei Beschäftigung von z.B.

### Empfehlung Antragskommission

Nichtbefassung

# MittelfrankenSPD

- 37            mindestens 1000 Menschen pro Konzern  
38            2) Betriebliche Förderung von z.B. mindestens ein  
39            Prozent des Bruttoverdienstes  
40            3) Schutz des einbezahlten Kapitals gegen Insolvenz  
41    Wir fordern die Einführung eines Seniorengeldes analog  
42    zum Kindergeld:  
43            1) Jeder Mensch, der 20 Jahre in Deutschland gelebt  
44            hat und in Deutschland lebt bekommt ab dem  
45            67ten Geburtstag ein Seniorengeld in Höhe von  
46            15 Prozent des BIP pro Kopf.  
47            2) Bezieher von Seniorengeld sind verpflichtet ihre  
48            sonstigen Einkünfte, nach Abzug des Steuerfrei-  
49            betrages, zum Spitzensteuersatz zu versteuern.

## **Begründung**

Altersarmut ist ein Begriff der mehr und mehr zum Alltag von Menschen wird. Das Rentenniveau sinkt. Die Rente orientiert sich nicht mehr an den Bruttolöhnen sondern an den Nettolöhnen. Die Rente ist heute zu versteuern. Immer weniger Menschen erreichen 45 Beitragsjahre.

Wir wollen ein Rentenniveau von dem jeder Mensch leben kann und das sich an der Höhe der Einzahlungen orientiert. Wir lehnen eine Einheitsrente genauso ab, wie eine Rente, die sich nach den Regeln des freien Marktes ausrichtet. Die private Vorsorge darf nur Ergänzung sein.



Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

**Keine pauschale Festlegung des Grades der Behinderung und Bestandsschutz von zuerkannten GdB und Merkzeichen im Schwerbehindertenausweis**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

1 Die SPD soll einer pauschalen Festlegung des GdB (Grad  
2 der Behinderung) bei schweren und chronischen Erkrank-  
3 kungen entgegenwirken und einen unbeschränkten Be-  
4 standsschutz für vorhandene GdB und Merkzeichen im  
5 Schwerbehindertenausweis fordern. Durch die Überar-  
6 beitung der Versorgungsmedizin-Verordnung ist zu be-  
7 fürchten, dass es künftig zu niedrigeren GdB-Feststellun-  
8 gen in den Versorgungsämtern kommen wird.

**Empfehlung Antragskommission**  
Annahme

**Begründung**

Das Merkmal "Schwerbehinderung" berechtigt zu Nachteilsausgleichen. Im Regelwerk Versorgungsmedizin-Verordnung wird festgelegt, welche Kriterien erfüllt sein müssen, damit ein Grad der Behinderung (GdB) zuerkannt wird. Diese Verordnung wird zurzeit grundlegend überarbeitet. Bei der Festlegung des GdB (Grad der Behinderung) soll der medizinische Fortschritt auch bei schweren und chronischen Erkrankungen und mit der besseren Hilfsmittelversorgung berücksichtigt werden. Dies würde zu einer pauschalen Festlegung führen, viele benachteiligen und entspricht nicht der Lebensrealität von Menschen mit Behinderung. Eine Feststellung lassen die Betroffenen i. d. R. nicht um ihrer selbst Willen treffen, sondern weil sie zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft auf die entsprechenden Nachteilsausgleiche angewiesen sind.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### Seniorenrechtliches Wohnen fördern

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass im Rahmen des geplan-  
2 ten Gesetzespaketes „Wohnraumoffensive“ die Förde-  
3 rung für altersgerechtes Umbauen über die zur Verfü-  
4 gung gestellten Fördermittel in Höhe von 75 Mio. Euro  
5 hinaus deutlich erhöht wird.  
6 Sie setzt sich zudem, auch auf Landesebene, (Penzkofer)  
7 dafür ein, dass – z.B. durch die Erhöhung der vorgeschrie-  
8 benen Quote – im Rahmen des Ausbaus im sozialen Woh-  
9 nungsbau ausreichend barrierefreie alters- und behin-  
10 dertengerechte Wohnungen geschaffen werden.  
11 Darüber hinaus legt sie zeitnah – wie auf dem Wohngipfel  
12 2018 in Aussicht gestellt – Fördermöglichkeiten für „ge-  
13 meinschaftliches Wohnen“ vor.  
14 Sie entwickelt zudem sozialpolitische Konzepte und Maß-  
15 nahmen, die einen erzwungenen Umzug und den Verlust  
16 des sozialen Umfeldes wegen steigender Mieten weitest-  
17 gehend abfedern.

**Empfehlung Antragskommission**  
Annahme

### Begründung

Laut der neusten Pestel-Studie steuert Deutschland auf eine „graue Wohnungsnot“ großen Ausmaßes zu – bereits heute machen Senior\*innen die Hälfte der Wohngeldbezieher\*innen aus. Dies wird sich in Zukunft noch verstärken: die Anzahl der über 65jährigen wird von derzeit ca. 18 Millionen bis zum Jahr 2040 auf 24 Millionen steigen und aufgrund der Erwerbsbiografien wird für viele die Rente nicht mehr auskömmlich sein: steigende Mieten treffen auf sinkende Haushaltseinkommen. Ein Umzug in eine kleinere und günstigere Wohnung, noch dazu im gewohnten Umfeld ist oft nicht möglich – dem muss nicht nur rentenpolitisch gegengesteuert werden, sondern vor allem auch wohnungspolitisch.

Hinzu kommt, dass heute schon ein drastischer Mangel an altersgerechten Wohnungen herrscht – nur 5 % der Älteren leben in altersgerechten Wohnungen, unter anderem auch, weil die Förderprogramme von Bund und Land zu wenig bekannt und oft nicht ausreichend sind, um einen seniorenrechtlichen Umbau finanzieren können. Bis 2030 müssen der Prognose zufolge bundesweit drei Millionen Wohnungen altersgerecht um- oder neu gebaut werden.

Es ist also die Aufstockung und Weiterentwicklung der (Förder)Programme für die Zukunft des Wohnens im Alter und für die Schaffung von seniorenrechtlichem Wohnraum dringend erforderlich.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

## **Unterbringung in Altenpflegeheimen**

Adressat/en            Landesparteitag, Landtagsfraktion

- 1 Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten, sich dafür einzu-
- 2 setzen, dass die Doppelzimmer-Vorgabe für Sozialhilfe-
- 3 empfänger in bayerischen Altenheimen gestrichen wird
- 4 (Lösung wie z. B. in Baden Württemberg).

**Empfehlung Antragskommission**  
Annahme

### **Begründung**

Das Land Bayern hat sich mit den Bezirken darauf geeinigt, dass Sozialhilfe-Empfänger in Doppelzimmern untergebracht werden.

Sozialhilfe-Empfänger sind hier Personen, deren Rente und Vermögen, sowie die Einkommen ihrer Kinder nicht ausreichen, die monatlichen Heim- und Pflegekosten von mindestens € 1700,-- selbst zu bezahlen (da ist der Leistungsbetrag der Pflegekasse bereits abgezogen).

Für ein wohlhabendes Bundesland wie Bayern ist es beschämend, alten Menschen zuzumuten, mit einer für sie völlig fremden Person das Zimmer teilen zu müssen und so den Verlust jeglicher Privatsphäre in Kauf zu nehmen.

Antragsteller            Unterbezirk Fürth

### Sozialstaat neu denken – Impulse für Solidarität und Menschlichkeit

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag

- 1 Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wis-  
2 sen: Nur gute Arbeit schafft ein gerechtes Zusammenle-  
3 ben in unserem Land.  
4 Wir wissen aber auch: In der heutigen globalisierten, ver-  
5 netzten Welt – getrieben von kapitalistischen Großkon-  
6 zernen und der Digitalisierung – gibt es kaum noch klas-  
7 sische Erwerbsbiografien. Die Arbeitswelt verändert sich  
8 und erfordert immer mehr Flexibilität und lebenslanges  
9 Lernen.  
10 Nicht jede\*r ist hierzu immer in der Lage – und manchmal  
11 haben Menschen auch einfach Pech. Das ist der Moment,  
12 in dem wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokra-  
13 ten sagen: Es gibt ein Netz, das dich auffängt, es gibt So-  
14 zialleistungen, die dich nicht zum Bittsteller und Men-  
15 schen zweiter Klasse degradieren!  
16 Wir fordern daher:  
17        1. Eine Anpassung der Berechnung der ALG II Leis-  
18        tungen/des Bürgergeldes unter Einbeziehung der  
19        realistischen Teilhabe an der Gesellschaft (die  
20        vorgesehenen Beträge insbesondere für ÖPNV,  
21        Internet, Kultur und Teilhabe müssen deutlich er-  
22        höht werden).  
23        2. Eine Abkehr vom Prinzip „Fördern und Fordern“.  
24        Wir wollen stattdessen ein Bonussystem schaffen:  
25        Wer sich bewirbt, fortbildet, aktiv Arbeit sucht  
26        soll mehr Geld erhalten!  
27        3. Eine völlige Abschaffung von Sanktionen. Wer  
28        sich – aus welchen Gründen auch immer – nicht  
29        bewirbt, fortbildet, aktiv Arbeit sucht muss den  
30        Mindestsatz an ALG II Leistungen / des Bürgergel-  
31        des erhalten. Eine Kürzung des Mindestmaßes an  
32        Versorgung und Teilhabe lehnen wir als unwürdig  
33        ab.  
4. Eine Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 €.

### Empfehlung Antragskommission

Erledigt durch S1

Sollte der Wunsch sein, Forderungen aus diesem Antrag zu beschließen, empfiehlt die Antragskommission, diese als Änderungsanträge zu Antrag S1 einzubringen

Antragsteller      Unterbezirk Erlangen

### **Maßnahmen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit**

Adressat/en      Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

Monat für Monat werden neue Rekorde bei den Arbeitslosenzahlen vermeldet. Selbst bei der Gruppe der Langzeitarbeitslosen ist neuerdings ein Rückgang zu verzeichnen. Waren es bis 2015 noch um die eine Millionen Langzeitarbeitslose, sind es im Juni 2017 nur noch knapp über 900.000 gewesen. Doch auch hier gilt, dass ein detaillierter Blick in die Arbeitslosenstatistik auf immer noch vorliegende Probleme bei der Arbeitsmarktintegration von Langzeitarbeitslosen hinweist.

Grund für das Sinken der Langzeitarbeitslosigkeit ist hier nämlich nicht die erhöhte Integration von Langzeitarbeitslosen in den primären Arbeitsmarkt, sondern die Tatsache, dass immer mehr Kurzarbeitslose innerhalb von 12 Monaten (also bevor sie statistisch gesehen als Langzeitarbeitslos gelten) in einen Job vermittelt werden. Im Jahr 2015 gab es noch 736.000 Neueintritte in die Langzeitarbeitslosigkeit, im Zeitraum Juli 2016 bis Juni 2017 waren das nur noch 655.000. Der Rückgang dieser Übertritte erklärt sich vor allem durch eine verstärkte Förderung von Arbeitslosen bevor sie Langzeitarbeitslos werden. Die absoluten Zahlen der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in den primären Arbeitsmarkt hat sich indes verschlechtert. Waren es im Jahre 2014 noch 199.000 Langzeitarbeitslose bei denen eine Integration in den primären Arbeitsmarkt gelungen ist, waren das vom Juli 2016 bis zum Juni 2017 nur noch 178.000. Von je 1.000 Langzeitarbeitslosen können im Folgemonat nur 16 eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Bei den Kurzarbeitslosen sind das 102. Mit ein Grund für diese Diskrepanz ist, dass Hartz-IV-Empfänger:innen deutlich weniger gefördert werden als Arbeitslose, die noch in der Arbeitslosenversicherung stecken. Rein rechnerisch gesehen werden für ALG-II-Bezieher:innen rund 1.800 Euro ausgegeben, bei Bezieher:innen von ALG I 3.640 Euro. Maßnahmen der beruflichen Bildung bzw. die zu einem Abschluss führen werden für erstere kaum angeboten.

### **Empfehlung Antragskommission**

Erledigt durch S1

Sollte der Wunsch sein, Forderungen aus diesem Antrag zu beschließen, empfiehlt die Antragskommission, diese als Änderungsanträge zu Antrag S1 einzubringen

## **Wer ist von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen?**

Im Jahresschnitt waren 2016 473.000 der damals insgesamt 993.000 Langzeitarbeitslosen zwischen einem und zwei Jahren arbeitslos, 199.000 zwischen zwei und drei, 120.000 zwischen drei und vier und 236.000 suchen schon seit mehr als vier Jahren nach einer Erwerbstätigkeit.

Von Arbeitslosigkeit sind Frauen etwas stärker betroffen als Männer. Vor allem aber Geringqualifizierte und ältere Menschen haben ein deutlich höheres Risiko langzeitarbeitslos zu werden. So ist die Anzahl der Langzeitarbeitslosen über 55 konstant geblieben, die der Geringqualifizierten sogar gestiegen.

## **Was sind die Ursachen von Langzeitarbeitslosigkeit?**

Erstmal bleibt festzuhalten, dass Langzeitarbeitslosigkeit ein Folgeproblem der Massenarbeitslosigkeit ist, die wenn man die Zahl der Unterbeschäftigten nimmt (die die tatsächliche Zahl der Arbeitslosigkeit trifft als die offizielle Arbeitslosenzahl der BA) momentan bei etwa 3,4 Millionen liegt. Dem gegenüber stehen aber nicht einmal 900.000 offene Stellen. In der Konkurrenz um diese freien Stellen werden Langzeitarbeitslose in der Regel den Kürzeren ziehen, zumal die Qualifikationsanforderungen der offenen Stellen und den Qualifikationen der Langzeitarbeitslosen eine große Diskrepanz aufweisen. Hinzu kommt, dass nur die Hälfte der Langzeitarbeitslosen eine abgeschlossene Berufsausbildung nachweisen kann, wohingegen nur 20% der offenen Stellen keinen Berufsabschluss als Einstellungsvoraussetzung vorweisen.

Strukturschwache Regionen sind besonders stark von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. In Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit ist auch die Anzahl der Langzeitarbeitslosen deutlich höher. Selbst mit Berufsabschluss gestaltet sich das Finden einer Stelle in strukturschwachen Regionen deutlich schwieriger dar als in den strukturstarken.

## **Sozialer Arbeitsmarkt als Mittel zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit**

Schon seit mehreren Jahren gibt es diverse vom Bund und Europäischen Sozialfonds geförderte Programme zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Eines davon ist das Programm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“, das noch bis zum Ende des Jahres läuft. Gefördert werden seit 2015 über 20.000 Langzeitarbeitslose, die seit min-

# MittelfrankenSPD

destens 4 Jahren im SGB-II-Bezug, älter als 35 und alleinerziehend bzw. gesundheitlich eingeschränkt sind. Gefördert werden Arbeitsverhältnisse, die mindestens mit Mindestlohn vergütet werden. Die Maßnahmen sind auf drei bzw. zwei Jahren beschränkt.

Ebenfalls erfolgreich und in Baden-Württemberg und Thüringen bereits im größeren Rahmen vollzogen ist der sogenannte Passiv-Aktiv-Tausch. Hierbei werden die Regelleistung, die Kosten der Unterkunft und die Beiträge für Kranken- und Pflegeversicherung dafür aufgewendet eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu finanzieren. Die Evaluation des Projektes aus dem Jahr 2016 belegt die positiven arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Effekten.

Im Koalitionsvertrag der Großen Koalition wurde die Einführung der Förderung von öffentlicher Beschäftigung („Teilhabe am Arbeitsmarkt für Alle“) als Regelinstrument innerhalb des SGB II festgeschrieben. Vorgesehen ist eine Milliarde pro Jahr für 150.000 Arbeitslose. Heruntergerechnet stellt das einer monatlichen Summe von 556 Euro pro Person. Damit würde sie zwar höher liegen als bei den sogenannten Ein-Euro-Jobs (406 Euro), aber deutlich niedriger als beim Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ (1.253 Euro). Die Finanzierung regulärer Arbeitsplätze ist also nur annähernd gewährleistet, wenn dieses Regelinstrument auch mittels Passiv-Aktiv-Tausch finanziert wird.

Ob die vorgesehene eine Milliarde Euro pro Jahr auch tatsächlich für die Förderung eines sozialen Arbeitsmarktes ausgegeben werden kann, ist aus heutiger Sicht ebenfalls fragwürdig. Seit der massiven Kürzung der Gelder für die Jobcenter im Jahre 2010 durch schwarz-gelb, werden Mittel für Eingliederungsleistungen dafür zweckentfremdet, um die Personal- und Verwaltungskosten zu decken. Für das Jahr 2016 hat diese Summe 900 Millionen Euro betragen, für dieses Jahr wird es voraussichtlich eine Milliarde sein.

## **Forderungen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit:<sup>1</sup>**

- Einbettung eines flexiblen Regelinstrumentariums im SGB II, das auf individuelle Bedürfnisse der Langzeitarbeitslosen eingeht: Die Absicht der Großen Koalition das Programm „Teilhabe am Arbeitsmarkt für Alle“ im SGBII zu verankern ist zu

---

<sup>1</sup> Forderungen sowie die obigen Zahlen stammen im Wesentlichen aus „arbeitsmarktaktuell“, Nr. 02/2018: „Langzeitarbeitslose: Aktionsprogramm gegen Perspektivlosigkeit erforderlich“

begrüßen. Dennoch stellt es erstmal nur einen ersten Schritt dar. Ziel muss es sein, Fördermaßnahmen im SGBII-Recht so zu implementieren, dass Jobcenter vor Ort auf die individuellen Bedürfnisse und Problemlagen der Langzeitarbeitslosen eingehen können. Die Beteiligung an den Angeboten muss dabei freiwillig bleiben. Der Sozialpolitiker Stefan Sell schlägt dabei folgende Formulierung im SGBII vor:<sup>2</sup>

- 1) Für Hilfesuchende, die keine Arbeit finden können, sollen Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden. Zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsgelegenheiten können auch Kosten übernommen werden. Die Arbeitsgelegenheiten sollen in der Regel von vorübergehender Dauer und für eine bessere Eingliederung des Hilfesuchenden in das Arbeitsleben geeignet sein.
- 2) Werden für den Hilfesuchenden Arbeitsgelegenheiten geschaffen, kann ihm entweder das übliche Arbeitsentgelt oder Hilfe zum Lebensunterhalt zuzüglich einer angemessenen Entschädigung für Mehraufwendungen gewährt werden.
- 3) Ist es im Einzelfall erforderlich, die Gewöhnung eines Hilfesuchenden an eine berufliche Tätigkeit besonders zu fördern, soll ihm für eine notwendige Dauer eine hierfür geeignete Tätigkeit oder Maßnahme angeboten werden. Während dieser Tätigkeit wird dem Hilfesuchenden eine angemessene Entschädigung für Mehraufwendungen gewährt.
- 4) Soweit es im Einzelfall geboten ist, kann auch durch Zuschüsse an den Arbeitgeber sowie durch sonstige geeignete Maßnahmen darauf hingewirkt werden, dass der Hilfeempfänger Arbeit findet.
- 5) Der Träger der Grundsicherung soll Hilfeempfänger zur Überwindung von Hilfebedürftigkeit bei der Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt fördern. Zu diesem Zweck kann dem Hilfeempfänger bei Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen oder selbständigen Erwerbstätigkeit ein im Regelfall befristeter Zuschuss gewährt werden.

---

<sup>2</sup> Sell, Stefan: „Hilfe zur Arbeit 2.0 – Pladoyer für eine Wiederbelebung der §§18-20 BSHG (alt) in einem SGBII (neu)“, Remagener Beiträge zur Sozialpolitik 19-2016



# MittelfrankenSPD

Da insbesondere Alleinerziehende bzw. Haushalte mit Kindern, in denen beide Elternteile erwerbslos sind besonders von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, soll auf deren Förderung ein besonderes Augenmerk gelegt werden. Die oben aufgeführten Langzeitarbeitslosenzahlen zeigen, dass die anvisierten 150.000 geförderten Stellen nicht ausreichend sind und schrittweise auf etwa das Doppelte erweitert werden müssen. Die Erfahrungen insbesondere aus den Optionskommunen zeigen, dass eine individuelle Förderung am besten durch professionelle Beschäftigungsunternehmen, wie die Gesellschaft zur Förderung von Arbeit (GGFA) in Erlangen, realisiert werden. Die Bundesagentur muss deswegen die Kommunen dabei unterstützen entsprechende Strukturen vor Ort aufzubauen.

- Jobcenter entlasten und ausreichende Ressourcen bereitstellen: Das Hartz-IV-System muss und kann entlastet werden, um Ressourcen für eine verbesserte Betreuung von Langzeitarbeitslosen freizusetzen. Ein relevanter Teil der Leistungsberechtigten bezieht heute Hartz IV, weil das Erwerbseinkommen oder andere Sozialleistungen nicht reichen, um den Lebensunterhalt zu bestreiten.

Neben Verbesserungen auf der Lohnseite – etwa indem Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können – müssen die dem Hartz-IV-System vorgelagerten Leistungen, vor allem das Wohngeld und das Kindergeld, weiterentwickelt werden. Kein Haushalt mit einem Einkommen aus Vollzeit-Erwerbstätigkeit soll Hartz IV beziehen müssen, nur weil er Kinder hat oder die Wohnkosten zu hoch sind. Um ihre anspruchsvollen Aufgaben bewältigen zu können, benötigen die Jobcenter eine bessere Personalausstattung. Im Bundeshaushalt müssen die notwendigen Mittel für Personal- und Verwaltungskosten bereitgestellt werden. Dies ist heute nicht der Fall. Die Jobcenter sind gezwungen, Finanzmittel zu Lasten der aktiven Förderung (Eingliederungstitel) umzuschichten, um Personal- und Verwaltungskosten finanzieren zu können. Deswegen fordern wir das SGBII-Gesamtbudget für Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten zusätzlich um eine Milliarde Euro zu erhöhen. Zur Förderung öffentlicher Beschäftigung können die vorgesehenen

# MittelfrankenSPD

eine Milliarde Euro ebenfalls nur ein erster Schritt sein. Wie oben bereits dargelegt können damit nämlich nur sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen werden, falls auch ein Passiv-Aktiv-Tausch vollzogen wird. Dabei liegt es in der Hand der Bundesländer, ob die jeweilige Landesregierung den Kommunen PAT erlaubt oder nicht. Bisher weigert sich zum Beispiel der Freistaat Bayern dieses Instrumentarium einzusetzen.

- Stärkung der beruflichen Bildung: Arbeitslose sollen künftig einen Rechtsanspruch auf Beratung zur Weiterbildung erhalten. Die finanziellen Rahmenbedingungen für Teilnehmende an einer abschlussbezogenen Weiterbildung müssen verbessert werden. Der Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen muss erleichtert werden. Dazu gehören zu den Fördermaßnahmen passende Angebote der Kinderbetreuung, Weiterbildung in Teilzeit. Insbesondere muss mit besonderen Angeboten auf Menschen mit negativen Bildungserfahrungen eingegangen werden. Ebenso wie im Bereich der Arbeitslosenversicherung muss auch im Hartz-IV-System ein Haushaltstitel für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung geschaffen werden.
- Für Ältere ab 50 Jahren muss die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes um bis zu sechs Monate verlängert werden, falls eine Integration in den Arbeitsmarkt trotz verbesserter Förderung nicht früher gelingt. Die Teilnahme an einer Weiterbildung darf zukünftig nicht mehr auf das Arbeitslosengeld angerechnet werden, das heißt, Zeiten einer Weiterbildung mindern nicht die Anspruchsdauer.
- Die Hartz-IV-Regelsätze müssen grundlegend neu hergeleitet und auf ein bedarfsdeckendes Niveau angehoben werden. Die Regelsätze müssen wirksam vor Armut schützen und auch soziale Teilhabe ermöglichen. Die Hartz-IV-Sanktionen müssen abgeschafft werden. Wie der DGB fordern wir eine Sachverständigenkommission einzusetzen, bestehend aus Wissenschaftler:innen, Vertreter:innen der Tarifparteien, von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie von Betroffenenorganisationen. Diese Kommission soll eine Empfehlung für den Gesetzgeber entwickeln.

Antragsteller            Ortsverein Neuendettelsau

### Konkrete Reaktionen auf den Klimawandel

Adressat/en            keine

1 Auf den Ebenen der Gemeinden, Kreise, Städte, dem  
2 Land Bayern und dem Bund müssen wir konkreter und  
3 schneller auf den Klimawandel reagieren als in der Ver-  
4 gangenheit.  
5 Das Konzept des Ortsvereins Neuendettelsau, siehe Er-  
6 läuterung auf Seite 2, soll als Grundlage dienen für Ar-  
7 beitskreise auf Kreis- und Bezirksebene. Zur Bearbeitung  
8 der Themen sollen Arbeitskreise gebildet werden.  
9 Diese sollen sich auch von Fachleuten außerhalb der Par-  
10 tei beraten lassen und Beschlussvorschläge erarbeiten.  
11 Interessierte Mitglieder können sich auf dem Bezirkspar-  
12 teitag für Arbeitskreise eintragen. Die Zusammenkünfte  
13 der einzelnen Arbeitskreise werden über das Bezirksbüro  
14 in Ansbach organisiert. Diese Arbeitskreise sollen im  
15 März 2020 vor den Kommunalwahlen in einer Gesamt-  
16 konferenz ihre Ergebnisse vorstellen. Ein Bezirkssonder-  
17 parteitag soll dann ein Gesamtkonzept als Vorlage für die  
18 Parteigremien auf Orts-, Kreis-, Bezirksebene und die  
19 Landes- und Bundesgremien beschließen.

**Empfehlung Antragskommission**  
Überweisung an den  
Bezirksvorstand

### Begründung

Der SPD-Vorstand Neuendettelsau hat eine Übersicht aufgestellt, in welchen Lebensbereichen wir konkret auf den Klimawandel reagieren müssen:

1. Energieversorgung
2. Bauen
3. Verkehr
4. Landwirtschaft
5. Gesundheit
6. Ernährung
7. Ver- und Entsorgung

Wir alle müssen uns auf Veränderungen einstellen, und uns gegenüber unseren politischen Vertretern in den Gemeinden und Kreistagen, den Bundesländern und dem Bundestag dafür einsetzen. Es gilt zu erarbeiten, welche Veränderungen auf diesen Ebenen notwendig sind.

Als erstes haben sich SPD-Vorstandsmitglieder aus Neuendettelsau zusammen mit unseren MdB Carsten Träger und Martina Stamm-Fibich und den SPD-OB Dr. Thomas Jung, Fürth und Dr. Florian

# MittelfrankenSPD

Janik, Erlangen, bei der Firma „Hydrogenius Technologies GmbH“ in Erlangen erkundigt, wie Wasserstoff als Energieträger verwendet werden kann. Hydrogenius wurde aus einem Forschungsvorhaben des bayerischen Wirtschaftsministeriums zu Energiespeicherlösungen aus der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg ausgegliedert. Die Firma Hydrogenius baut Anlagen zur Speicherung von Wasserstoff in einer Flüssigkeit, die sogenannte „Liquid Organic Hydrogen Carriers“ (LOHC).

Wasserstoff lässt sich leicht mit elektrischer Energie aus Wasser gewinnen. Bei der Nutzung entsteht dann als Verbrennungsprodukt lediglich Wasserdampf oder bei der Verwendung einer Brennstoffzelle wieder elektrischer Strom und Wärme.

Problematisch am Wasserstoff ist nur der Transport oder die Lagerung, denn Wasserstoff ist höchst entzündlich.

Ist jedoch der Wasserstoff in LOHC gespeichert, reagieren beide nicht mehr. Sie sind weder brennbar oder explosiv. Selbst beim Einbringen von Flammen mit sehr hohen Temperaturen über 1000°C reagieren sie nicht. Damit lässt sich Wasserstoff als Energieträger mit der bestehenden Infrastruktur (z.B. Schiffe, Tankfahrzeuge oder Pipelines) weltweit gefahrlos transportieren, lagern und mit geringstem Aufwand aus der Flüssigkeit herausholen und nutzen.

Wir werden hinterfragen müssen, warum diese Technik politisch nicht intensiver beworben und genutzt wird.

Alternative Energiekonzepte müssen aufgrund der geplanten Ausstiege aus konventioneller Technik vorgebracht werden. Dabei wird Wasserstoff besonders an Bedeutung gewinnen. Wasserstoff als Energieträger scheint eine weitaus bessere Technologie zu sein Lithium-Ionen-Batterien. Neben der noch fehlenden Infrastruktur für die Nutzung der Batterien kommt es zusätzlich zu massiven Menschenrechtsverletzungen bei der Rohstoffbeschaffung.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### Den VGN auch offline nutzen

Adressat/en            keine

1    Es muss sichergestellt werden, dass es auch offline mög-  
2    lich ist zu erfahren welches Streckennetz nutzbar und  
3    welche Verbindungen angeboten werden. Die fehlende  
4    Verfügbarkeit von flächendeckenden mobilen Internet  
5    stellt auch für „mobile“ Menschen ein Problem da.

6

7    Wir fordern daher:

8        1) Wiedereinführung gedruckter Gesamtfahrpläne  
9        und Flächenkarten

10       2) Einführung eines mobilen Gesamtfahrplans mit  
11       Flächenkarten, der als Ganzes Dokument herunter-  
12       zuladen ist

**Empfehlung Antragskommission**  
Abstimmung

### Begründung

Neue Strecken werden häufig nicht genutzt, da den Menschen, die Kenntnis fehlt. Die früheren BesitzerInnen von Gesamtfahrplänen, die als MultiplikatorInnen zur Verfügung standen existieren nicht mehr, da niemand mehr über einen Gesamtfahrplan verfügt. Gerade in Gebieten ohne Internet oder sehr langsamen Verbindungen sind die mobilen Seiten des VGN nicht oder nur sehr eingeschränkt nutzbar, da es sehr lange dauern kann bis eine Verbindung errechnet wird. Wenn einem die Namen der Haltestellen nicht bekannt sind, dauert es noch länger oder ist gänzlich unmöglich.

Dieses Problem könnte durch das Herunterladen von hochauflösenden Streckennetzen und Gesamtfahrplänen behoben werden, da dadurch auch das Finden von Verbindungen in der Offlinephase möglich ist.

Wir dürfen auch Menschen ohne Internet bei der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs nicht im Regen stehen lassen. Gerade diese Bevölkerungsgruppe ist besonders auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### Entwicklung eines Gesamtkonzepts für die Zukunft der Gräfenbergbahn

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag, Landtagsfraktion,  
Bundestagsfraktion

1 Die NürnbergSPD bekennt sich zum Betrieb der Gräfen-  
2 bergbahn und fordert deren Verbesserung und Weiter-  
3 entwicklung als wichtige Verkehrsrouten in der Region.  
4     • Um einen zuverlässigen Betrieb der Gräfenberg-  
5        bahn zu gewährleisten, wird von der Bayerischen  
6        Eisenbahngesellschaft BEG der Neubau des zuge-  
7        hörigen DB-Stellwerks in Heroldsberg schnellst-  
8        möglich und noch vor 2024 gefordert. Das veral-  
9        tete Stellwerk hatte zahlreiche Ausfälle und Ver-  
10      spä-tungen in den letzten Jahren zur Folge.  
11     • Zudem wird auf eine sofortige Sanierung des stö-  
12      rungsanfälligen Bahnübergangs am Bierweg hin-  
13      gewirkt. Dessen ständige Ausfälle stellen sowohl  
14      für den fließenden Verkehr als auch für querende  
15      Passanten ein unzumutbares Sicherheitsrisiko dar  
16      und sorgen ebenfalls für Verspätungen im Zugver-  
17      kehr.  
18     • Von der Bayerischen Eisenbahngesellschaft BEG  
19      wird eine Umstellung der dieselbetriebenen Grä-  
20      fenbergbahn auf emissionsfreien Betrieb gefor-  
21      dert (Fahrdraht, Wasserstoff- oder Batteriebe-  
22      trieb).  
23     • Eine Möglichkeit der Fortentwicklung besteht in  
24      der Aktivierung der Nürnberger Ringbahn, die  
25      eine direkte Zugverbindung zwischen Nordost-  
26      bahnhof und Fürth schaffen würde. Von der Bay-  
27      erischen Staatsregierung wird angesichts neuer  
28      städtebaulicher Entwicklungen (Uni-Standort im  
29      Norden, neue Siedlungen in Wetzendorf, wach-  
30      sender Hochschul- und Forschungsstandort auf  
31      AEG) eine neue Bedarfskalkulation (letzter Bere-  
32      chungsstand: 2014) für eine solche Ringbahn ein-  
33      gefordert.

### Empfehlung Antragskommission

Annahme in geänderter Fassung:

- Ersetze in Zeile 1 „NürnbergSPD“ durch „SPD“
- Streiche Adressat Bundesparteitag

# MittelfrankenSPD

## **Begründung**

Die Gräfenbergbahn zwischen Nürnberg Nordostbahnhof und Gräfenberg weist eine Steigerung des Fahrgastpotentials von 180% auf und ist deshalb in ihrem Bestand gesichert. Viele Pendler der Region nutzen die Verbindung – allerdings kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu erheblichen Störungen und wochenlangen Zugausfällen. Diese Problematik hatte unter anderem mit einem veralteten Stellwerk in Heroldsberg zu tun, dessen Neubau gefordert wird, um eine zuverlässige Verbindung in Zukunft zu gewährleisten.

Des Weiteren ist seit mehreren Jahren eine Verbindung der Fürther Rangaubahn mit der Gräfenbergbahn über die derzeit nicht genutzte Ringbahn im Nürnberger Stadtgebiet im Gespräch. Die Idee einer solchen neuen Ringbahn wurde verworfen, da eine Erhebung des Fahrgastpotentials seitens des bayerischen Wirtschaftsministeriums aus dem Jahr 2014 eine negative Kosten-Nutzen-Bilanz aufweist. Allerdings hat sich seit 2014 im Nürnberger Norden einiges getan (Planung eines neuen Uni-Standorts, neue Wohngebiete in Wetzendorf, wachsender Hochschul- und Forschungsstandort auf AEG). Deshalb fordert die SPD Nürnberg eine neue Erhebung.

Sollte die neue Ringbahn durch das Stadtgebiet kommen, muss ein möglichst emissionsarmer Betrieb gewährleistet sein. Deswegen, aber auch ganz grundsätzlich im Sinne des Klimaschutzes, fordern wir einen emissionsfreien Betrieb der bestehenden Gräfenbergbahn.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### Weniger Fluglärm - mehr Schlaf für alle!

Adressat/en            Landesparteitag, Landtagsfraktion

1 Die Belastungen der Anwohner durch den nächtlichen  
2 Flugverkehr müssen generell und vor allem in den Som-  
3 mernächten deutlich reduziert werden.  
4 Die SPD Nürnberg unterstützt deshalb die Forderungen  
5 der Fluglärmkommission Nürnberg vom 19. März 2019:  
6     • Das Bundesverkehrsministerium wird zu einer  
7       zeitnahen Überarbeitung der Bonusliste aufgefor-  
8       dert. Diese Liste regelt, welche Flugzeuge als rela-  
9       tiv leise gelten und nachts in Nürnberg fliegen  
10      dürfen; sie ist aber auf dem Stand von 2003 und  
11      bildet damit den technischen Fortschritt nicht  
12      mehr ab.  
13     • Die Geschäftsführung des Flughafens Nürnberg  
14      wird aufgefordert, innerhalb des bestehenden  
15      Rechtsrahmens ab der nächsten Flugplangestal-  
16      tung eine spürbare Verringerung der Nachtflug-  
17      belastungen zu erreichen.  
18 Wir fordern hierzu insbesondere, dass die ökonomischen  
19 Stellschrauben (insbesondere die Entgelte für Flüge und  
20 Dienstleistungen in der Nacht) bezüglich der Kriterien  
21 Lautstärke und Uhrzeit weiter verschärft werden.  
22 Ferner müssen weitere Lärmquellen identifiziert und re-  
23 duziert werden. Das betrifft zum einen laute Vorgänge im  
24 Flughafenbetrieb (z.B. Piepen, langes Laufenlassen der  
25 Triebwerke), zum anderen nicht durch den Flugverkehr  
26 ausgelöste Lärmereignisse wie nächtliche Veranstaltun-  
27 gen, wenn diese die Nachtruhe in den angrenzenden  
28 Stadtteilen stören.  
29 Wenn mit den oben genannten Maßnahmen keine dau-  
30 erhafte Entlastung der Anwohner erreicht werden kann,  
31 fordern wir ein breit angelegtes Mediationsverfahren zur  
32 Reduzierung von Nachtflügen am Nürnberger Flughafen.

**Empfehlung Antragskommission**  
Annahme in geänderter Fassung:  
Streiche in Zeile 4 „Nürnberg“



Antragsteller SPD Nürnberg

### Tempolimit

Adressat/en Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

- 1 Wir fordern die Einführung eines generellen Tempolimits. **Empfehlung Antragskommission**  
Annahme

### Begründung

Auf dem Bundesparteitag 2007 in Hamburg wurde ein Initiativantrag zum Thema Einführung eines Tempolimit von 130 km/h auf deutschen Autobahnen gestellt und angenommen. Die SPD hat sich damals für die Einführung eines Tempolimits, wenn auch nur mit knapper Mehrheit ausgesprochen. Man hat sich damals dem Thema gestellt und die SPD hat Position bezogen. Der Beschluss aus dem Jahr 2007 gilt nach wie vor.

Beispielhaft zur heutigen Situation ein Artikel aus der Süddeutschen Zeitung, der die Position der SPD zum Thema Tempolimit im Jahr 2019 verdeutlicht:

Artikel vom 28.01.2019, veröffentlicht in der Süddeutschen Zeitung, Interview mit Svenja Schulze (SPD), Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

*„Fünfmal hintereinander fragt der Journalist sie nach dem Tempolimit auf Autobahnen, dann nochmal und nochmal. ... Was sie nicht sagt, ist, was sie vom Tempolimit hält.“*

An der aktuellen Diskussion zum Thema Tempolimit nimmt die SPD, obwohl sie sich 2007 dafür ausgesprochen hat, im Jahr 2019 nicht teil. Bei einem Thema, das in der breiten Öffentlichkeit und in allen Gesellschaftsschichten diskutiert wird, muss sich die SPD auch im Jahr 2019 klar positionieren. Die Nichtteilnahme an der Diskussion ist ein Zustand, der für uns untragbar ist.

Hauptursache von Unfällen auf deutschen Autobahnen ist laut Statistischem Bundesamt immer noch zu schnelles Fahren. Jeder Autofahrer ist infolge zu hohen Verkehrsaufkommens und vollgestopften Autobahnen besonderen Stresssituationen und Belastungen ausgesetzt. Auch ist nachgewiesen, dass der Kraftstoffverbrauch ab einer Geschwindigkeit von 100 km/h und natürlich auch die Abgase deutlich zunehmen.

Deutschland sollte nicht weiterhin verkehrspolitisch auf einer Stufe mit Afghanistan und Somalia stehen, die kein Tempolimit haben. Alle übrigen Europäischen Länder haben ein Tempolimit, was nach meiner Erfahrung zu einem gleichmäßigeren und entspannteren Verkehrsfluss führt

Wir beantragen ein generelles Tempolimit von 130 km/h auf deutschen Autobahnen, weil wir es als sinnvoll erachten sich für mehr Entspannung auf Autobahnen, für weniger Unfälle/Unfalltote und für ein geringeren Kraftstoffverbrauch einzusetzen.

Auch wenn ein generelles Tempolimit nur ein sehr kleiner Beitrag zum Klimaschutz wäre, so bleibt es doch ein Beitrag, den wir leisten sollten und der nichts kostet.

Antragsteller            Unterbezirk Fürth

### **Lkw-Parken in Wohnvierteln verbieten**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag

1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-  
2 Parteivorstand auf, sich dafür einzusetzen, dass in Städ-  
3 ten nur noch Kraftfahrzeuge bis zu einer zulässigen Ge-  
4 samtmasse von 3,5 Tonnen in Wohngebieten parken dür-  
5 fen. Hierfür ist die Änderung der Straßenverkehrsord-  
6 nung (StVO) erforderlich

**Empfehlung Antragskommission**  
Ablehnung

### **Begründung**

In der geltenden Straßenverkehrsordnung ist festgelegt, dass innerhalb von geschlossenen Ortschaften alle Fahrzeuge bis zu einem Gewicht von 7,5 Tonnen parken dürfen. In der StVO werden in Paragraph 12 Absatz 3a, nur Ausnahmen ab 7,5t benannt.

*„3a) Mit Kraftfahrzeugen mit einer zulässigen Gesamtmasse über 7,5 t sowie mit Kraftfahrzeuganhängern über 2,0 t zulässiger Gesamtmasse ist innerhalb geschlossener Ortschaften*

- 1. in reinen und allgemeinen Wohngebieten,*
- 2. in Sondergebieten, die der Erholung dienen,*
- 3. in Kurgebieten und*
- 4. in Klinikgebieten*

*das regelmäßige Parken in der Zeit von 22.00 bis 06.00 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen unzulässig. Das gilt nicht auf entsprechend gekennzeichneten Parkplätzen sowie für das Parken von Linienomnibussen an Endhaltestellen.“*

Parkende Lkws in Wohngebieten führen nicht nur zu Parkplatzmangel, Lkws direkt vor der Haustüre bedeuten immer auch Lärm, schlechte Luft, Verschattung und unübersichtliche Straßenverhältnisse aufgrund von Sichtbehinderung. Diese Probleme könnten durch die entsprechende Änderung der Straßenverkehrsordnung gelöst werden. Der Polizei sowie den Beschäftigten der Kommunalen Verkehrsüberwachung wird es möglich gegen parkende Lkw in Wohngebieten vorzugehen.

Antragsteller            Unterbezirk Fürth

### **Mehrwertsteuersenkung auf Fernreisen im Zugverkehr**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür
- 2 einzusetzen, dass auch auf Fernreisen mit dem Zug der
- 3 verminderte Mehrwertsteuersatz von 7% gilt.

**Empfehlung Antragskommission**  
Annahme

### **Begründung**

Internationale Flüge sind von der Mehrwertsteuer befreit. Doch wer umweltbewusst mit der Deutschen Bahn reist, wird steuerlich benachteiligt. Ziel muss es allerdings sein, Bahnfahren preiswerter zu machen. Im Koalitionsvertrag von Union und SPD findet sich das Ziel, bis 2030 die Bahnkunden zu verdoppeln.

Doch bisher ist im Fernverkehr ab 50 Kilometer der normale Steuersatz von 19% fällig. Dies verteuert die Tickets unnötig und läuft den gesetzten verkehrs- und Klimaschutzpolitischen Zielen zuwider. Fernreisen mit der Bahn müssen attraktiver werden und entsprechende Anreize geschaffen werden. Dazu braucht es auch eine Kostenentlastung. Daher wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Mehrwertsteuer entsprechend zu reduzieren.

Bezirksparteitag Mai 2019

Vg1

Antragsteller      Unterbezirk Nürnberg

## **Abrüstung aller Atomwaffen in Deutschland**

Adressat/en      Landesparteitag, Bundesparteitag

- 1 Die letzten im Rahmen der so genannten „nuklearen Teil-
- 2 habe“ in Rheinland-Pfalz stationierten US-Atomwaffen
- 3 sind bis spätestens 31.12.2019 abzuziehen.

**Empfehlung Antragskommission**  
Annahme

### **Begründung**

Deutschland braucht keine Teilhabe an der widersinnigen und hochriskanten Abschreckungsideologie.

Die SPD erneuert damit auch ein Versprechen aus dem Bundestagswahlkampf 2017.

Antragsteller      Unterbezirk Nürnberg

### Höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen

Adressat/en      Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

1 Die SPD setzt sich dafür ein, den Steuersatz auf Unter-  
2 nehmungsgewinne für Kapitalgesellschaften auf 45% zu  
3 erhöhen. Die aus der Wirtschaft 4.0 generierten Produk-  
4 tivitätszuwächse und die damit steigenden Unterneh-  
5 mungsgewinne, müssen stärker als bisher, der Allgemei-  
6 heit zur Verfügung gestellt werden.

**Empfehlung Antragskommission**  
Ablehnung

### Begründung

Seit der Jahrtausendwende wurde der Steuersatz auf Unternehmensgewinne von 52 auf 30 Prozent gesenkt. Die jährliche Entlastung belief sich auf über 20 Milliarden Euro. Der erhoffte Investitionsboom fiel aber aus. Die Nettoanlageinvestitionen der deutschen Kapitalgesellschaften brach nach der Steuersenkung in den Folgejahren sogar um über 50% ein (Quelle: Statistisches Bundesamt 2018, VGR). Dies geschah, trotz steigender Unternehmensgewinne. Die Theorie, wonach Unternehmen, das eingesparte Geld investieren, konnte bisher nicht nachgewiesen werden.

Steuergeschenke für Unternehmen führen zu milliardenschweren Einnahmeausfällen. So fehlt das Geld für Infrastruktur und Soziales. Vor dem Hintergrund steigender Ausgaben für Renten und Pflege, wird dieses Geld aber dringend benötigt.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Konsequente Besteuerung von Internetkonzernen**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

1 Alle Arten von Unternehmensgewinnen müssen vollstän-  
2 dig der Besteuerung unterworfen werden. Das bedeutet  
3 konkret:  
4     • Die Staaten Europas müssen sich auf eine einheit-  
5       liche Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen für  
6       Unternehmensgewinne als Mindeststandard eini-  
7       gen.  
8     • Der Steuersatz auf Unternehmensgewinne sollte  
9       aus deutscher Sicht mindestens 25% betragen.  
10    • Subject-to-tax-Klausel gegen virtuelle steuerliche  
11      Doppelbefreiung sind in alle Doppelbesteue-  
12      rungsabkommen einzupflegen.  
13 Bis dahin sind auf nationaler Ebene Quellensteuern auf  
14 Zins und Lizenzzahlungen sowie auf Finanzflüsse in Steu-  
15 eroasen (Luxemburg, Irland, Niederlande) erforderlich.

**Empfehlung Antragskommission**  
Annahme in geänderter Fassung:  
Ändere Titel in „Konsequente  
Besteuerung von multinationalen  
Unternehmen“

### **Begründung**

Amazon hatte mittels einer komplexen Konzernstruktur einen Großteil der in der EU erzielten Gewinne nicht besteuert. Die Steuerbehörden Luxemburgs hatten dies abgesegnet. Sogar um 13 Milliarden Euro geht es im ähnlich gelagerten Fall des Apple-Konzerns in der Republik Irland. Weitere Fälle sind etwa Fiat, Starbucks, McDonald's und GDF Suez. Ein besonderes Problem sind dabei Konzerne wie Apple, Google, Facebook, Microsoft. Aber auch kleinere Digital- und Internet-Unternehmen zahlen laut EU-Kommission durchschnittlich weniger als die Hälfte der Steuern, die andere bezahlen.

Der Rechtsbegriff Subject-to-tax-Klausel (deutsch auch Rückfallklausel) entstammt dem internationalen Steuerrecht, wo er innerhalb von Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) vereinbart wird. Während Doppelbesteuerungsabkommen grundsätzlich das Ziel der Vermeidung (bzw. Verringerung) tatsächlicher Doppelbesteuerung haben, richtet sich eine im Abkommen vereinbarte Subject-to-tax-Klausel gegen virtuelle Doppelbefreiung. Diese würde entstehen, wenn der Staat, dem laut DBA das Besteuerungsrecht zustehen würde (in der Regel der Quellenstaat) tatsächlich keine Besteuerung vornimmt, während die Einkünfte im anderen Staat (in der Regel der Ansässigkeitsstaat) dem DBA folgend freigestellt werden würden.

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Die Autohersteller müssen haften!**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag

1    Im Zusammenhang mit der durch den unzulässigen Ein-  
2    satz einer Abschaltvorrichtung, massiven Überschreitun-  
3    gen von Schadstoff- und Grenzwerten fordern wir die  
4    SPD im Rahmen eines Prüfauftrags in Form eines Gutach-  
5    tens auf, festzustellen, inwieweit juristisch die Möglich-  
6    keit besteht, die aus der Beseitigung dieses Mangels re-  
7    sultierenden Kosten für die Verbraucher ganz den dafür  
8    verantwortlichen Herstellern per Gesetz oder Verord-  
9    nung aufzuerlegen.

**Empfehlung Antragskommission**  
Nichtbefassung

### **Begründung**

Der Betrug der Autohersteller führte vielerorts zu den oben erwähnten massiven Überschreitungen, der aktuell zulässigen Grenzwerte für Stickoxide, Ultrafeinstaub oder Rußpartikel um ein Vielfaches. Aus rechtlichen Gründen und ethisch-moralischer Verantwortung sind die Hersteller uneingeschränkt haftbar zu machen. Die in der Vergangenheit stattgefundenen Gespräche im Rahmen des Dieselpfahls haben gezeigt, dass man auf eine freiwillige Einsicht der Verantwortlichen vergeblich wartet.

Es ist dem Bürger nicht zu vermitteln, dass er im guten Glauben ein Fahrzeug kauft und betrogen wird. Es kann nicht sein, dass dem Käufer Mehrkosten entstehen, weil er die Mängel beseitigen muss, während die Verursacher „unbehelligt“ davon kommen. Es ist nicht zu akzeptieren, dass ein Konjunkturprogramm aufgelegt wird, durch das die Hersteller weitere Verkaufsgewinne einstreichen, während die vom Dieselskandal Betroffenen mit ersten Fahrverboten rechnen und ihr Recht privat einklagen müssen.

Zu den hier erwähnten „Kosten“ sind unter anderem auch zu zählen:

- ein etwaiger Wertverlust des Fahrzeugs trotz Beseitigung des Mangels bis hin zur
- Verpflichtung zur Rücknahme des Wagens für den Fall, dass der Kunde infolge des Vertrauensverlustes eine andere Marke bevorzugen sollte (siehe USA).

Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### Digitalsteuer

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag

- 1 Der Onlinehandel wird häufig zur Steuerhinterziehung  
2 und -vermeidung genutzt. Waren werden nicht versteu-  
3 ert oder formal im Ausland versteuert, aber in Deutsch-  
4 land bezogen.  
5 Wir fordern:
- 6 1) Alle in Deutschland über das Internet bezogene  
7 Waren, die nach Deutschland geliefert werden  
8 und Dienstleistungen, die in Deutschland genutzt  
9 werden (Beweislast jeweils VerkäuferIn), werden  
10 mit einem Abschlag von z.B. 30 Prozent belegt.
  - 11 2) Der Abschlag ist von der/dem BetreiberIn der  
12 Seite zu entrichten.
  - 13 3) Für den Betrag haften zudem der Provider der  
14 Seite und der Staat in dem die Seite registriert ist.
  - 15 4) Der Abschlag kann mit in Deutschland gezahlten  
16 oder abgeführten Steuern verrechnet werden, in-  
17 dem tatsächlich bezahlte oder abgeführte Steu-  
18 ern zurückerstattet werden.
  - 19 5) Onlinehandel mit einem Jahresumsatz von weni-  
20 ger als 50.000 € sollen aus der Besteuerung aus-  
21 genommen werden

**Empfehlung Antragskommission**  
Ablehnung

### Begründung

Der Onlinehandel wird häufig zur Steuerhinterziehung und -vermeidung genutzt. Waren werden nicht versteuert oder formal im Ausland versteuert, aber in Deutschland bezogen.



Antragsteller            Unterbezirk Nürnberg

### **Trinkwasserspender an Flughäfen**

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag

- 1 Alle deutsche Flughafenbetreiber werden verpflichtet,
- 2 Trinkwasserbrunnen im Abflugbereich des Flughafens –
- 3 nach der Sicherheitskontrolle – zur Verfügung zu stellen.
- 4 Die Brunnen sollen für das Befüllen von selbst mitge-
- 5 brachten leeren Trinkflaschen geeignet sein.

**Empfehlung Antragskommission**  
Annahme

### **Begründung**

Auf Grund geltender Sicherheitsmaßnahmen ist es Flugreisenden nicht gestattet, Behältnisse mit Flüssigkeiten von mehr als 100 ml in das Flugzeug bzw. durch die Sicherheitskontrolle mitzuführen. Flugreisende, die selber Wasser für die Reise mitbringen wollen (beispielsweise, weil dieses im Flugzeug sonst nur gegen Aufpreis erhältlich wäre) müssen somit Wasser nach der Sicherheitskontrolle im Abflugbereich kaufen, da nur solche Behältnisse von der 100 ml-Regelung ausgenommen sind. Nicht selten ist das Wasser hier erheblich teurer als im normalen Handel. Nicht zuletzt, weil es aus gesundheitlichen Gründen wichtig ist während des Fluges bei trockener Kabinenluft viel Wasser zu trinken, sollte eine Alternative zum teuren Wasserkauf im Abflugbereich geschaffen werden. Trinkbrunnen, die für das Befüllen von selbst mitgebrachten Trinkflaschen geeignet sind, ermöglichen es Flugreisenden für ausreichendes Trinkwasser während des Fluges zu sorgen und schützen die Verbraucher\*innen vor überzogenen Preisen.

Antragsteller      Unterbezirk Erlangen

### **AGB Schutz auch für KMUs einführen**

Adressat/en      Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

- 1 1. Auch gegenüber Kleinunternehmen verwendete An-
- 2 träge sollen auch am recht der allgemeinen Ge-
- 3 schäftstbedingungen zu messen sein.
- 4 2. Hierzu sollen vorläufig die allgemeinen Klauselver-
- 5 bote aus den §§ 308 und 309 BGB anwendbar sein,
- 6 mittelfristig entsprechende Klauseln für den unter-
- 7 nehmerischen Verkehr ins Gesetz eingefügt werden.

**Empfehlung Antragskommission**  
Abstimmung, Streichung  
Adressatinnen

### **Begründung**

Bereits vor Jahrzehnten hat der Gesetzgeber erkannt, dass im Falle von Machtsymmetrien, die dazu führen, dass einer die Vertragsbedingungen letztlich alleine vorgeben kann, diese Vertragsbedingungen für den Unterlegenen oftmals ungerecht sind. Daher hat der Gesetzgeber für diese massenhaft verwandten Vertragsbedingungen mit dem Gesetz über die allgemeinen Geschäftsbedingungen, mittlerweile eingefügt in das bürgerliche Gesetzbuch in den §§ 305ff, hier eine relativ scharfe Inhaltskontrolle eingeführt.

Nach §310 Abs. 1 1BGB ist die Anwendung dieser Schutzvorschriften jedoch auf Verträge, die gegen einen Unternehmer verwendet werden, zu einem großen Teil abgeschlossen.

Als man den Anwendungsbereich für Verbraucher beschränkte, lag dem die Vorstellung zugrunde, dass Unternehmer gegebenenfalls eine eigene Rechtsabteilung haben, die deren Verträge durchsieht, vor allem aber die Macht haben, diese Verträge auf Augenhöhe zu verhandeln. Der selbständige Paketauslieferer oder Selbständige, der sich auf Internet Arbeitsplattformen verdingt, verfügt über weder diese Professionalität, noch hat er faktisch die Macht, die Vertragsbedingungen mit DHL, Ebay oder einer anderen Plattform auf Augenhöhe durchzugehen. Hier sieht er sich aufgrund der erheblichen Machtsymmetrie in einer „Friss-oder-Stirb-Situation“.

Da die Zahl der kleinen selbständigen zunimmt, muss hier dem Missbrauch durch die mächtigeren Marktteilnehmer wirksam begegnet werden. Ein erster Schritt wäre hier die Einbeziehung in den den Verbrauchern zukommenden Schutz für besonders nachteilige Klauseln.

Aufgrund der Besonderheiten des Dienstleistungsmarktes zwischen Unternehmern macht es jedoch Sinn, spezifische, hierauf zugeschnittene Mindeststandards durch Klauselverbote für den unternehmerischen Verkehr zu definieren.

Antragsteller            Unterbezirk Erlangen

### Plattformen ordnungspolitisch regulieren

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

- 1 1. Plattformen für die Vermittlung von Arbeitsleitung,  
2 Dienstleistungen und Waren sind unter behördliche  
3 Aufsicht zu stellen, da diese eine für das Wirtschaften  
4 zentrale Rolle spielen und erhebliche Macht entwi-  
5 ckeln. Vorbild hierfür können die Bundesanstalt für  
6 Bankenaufsicht und die Bundesnetzagentur sein. Der  
7 Aufsichtsbehörde sind entsprechende Kontrollbefug-  
8 nisse einzuräumen.
- 9 2. Bei der Behörde sind Spruchkörper zu schnellen  
10 Streitschlichtungen nach dem Vorbild der Beschluss-  
11 kammern der Bundesnetzagentur (§133ff TKG) zu  
12 schaffen.

### Empfehlung Antragskommission Abstimmung

#### Begründung

In der Plattformökonomie gewinnen die Plattformen eine erhebliche Machtposition. Zudem stellen diese faktisch den Markt her, beeinflussen diesen und entscheiden über den Marktzugang und die Bedingungen auf dem Markt. Neben dieser gefährlichen Machtkonzentration kommt den Plattformen eine ähnlich systemrelevante Rolle wie den telekommunikations- und Stromnetzen zu. Hier muss eine ordnungspolitische Aufsicht her.

Kritische Bereiche der Wirtschaft werden unter anderem unter §30ff der Gewerbeordnung von besonderer Genehmigung abhängig gemacht und durch die Gewerbeaufsicht beaufsichtigt, bspw. in §34 GewO die Immobilien-, Finanz- und sonstigen Makler. Es kann nicht sein, dass Plattformen, die Dienstleistungen im dreistelligen Millionenbereich vertreiben weniger streng reguliert sind, als ein einfacher „Vermögensberater“ an der Ecke.

Eine Begrenzung der Marktmacht nur über das Kartellrecht / das Bundeskartellamt wird dieser Anforderung nicht gerecht. So bestimmen beispielsweise die Algorithmen darüber, welches Produkt bzw. welche Dienstleistung welche Marktchance erhält und ob der Verbraucher eine Chance hat, für ihn günstige Angebote zu finden. In diesem Zusammenhang wird die Forderung nach einem „Algorithmen-TÜV“, also einer „Vorzensur“ vor Anwendung eines solchen durch eine Behörde, diskutiert. Diese Forderung halten wir derzeit noch für zu weitgehend und schwer durchführbar. Allerdings muss die Behörde das recht haben, Algorithmen einzusehen und bspw. bei Verstößen gegen das AGG deren Anwendung zu untersagen. Denkbar wäre allerdings, dass die Einführung und Änderung allgemeiner Vertragsbedingungen durch die Plattformen der vorherigen Genehmigung der Behörde zu unterstellen ist.

Streitigkeiten zwischen Plattform und Nutzern müssen derzeit in Gerichtsverfahren erfolgen, die im

# MittelfrankenSPD

Schnitt 9 bis 12 Monate dauern und damit nur noch über Schadensersatz, nicht aber über die Abwendung eines Unrechts entscheiden können. Auch sind die Gerichte selten mit Richtern besetzt, die die technische und wirtschaftliche Erfahrung mitbringen, um die komplexen Rechtsbeziehungen der Plattformökonomie zu erfassen. Daher ist ein entsprechend schnelles und durch Experten durchgeführtes Verfahren erforderlich. Hier bieten sich die Spruchkammern aus dem Telekommunikationsgesetz als Vorbild an, wobei der Rechtsweg gegen die Entscheidungen nicht zum Verwaltungsgericht, sondern zu den örtlichen Gerichten gehen sollte. Im Rahmen der ordentlichen Gerichte könnten die Streitigkeiten den Kammern für die Handelssachen zugewiesen werden und ggf. innerhalb der Gerichte eine auf 80 Sachverhalte der digitalen Ökonomie spezialisierte KfH gebildet werden.

Antragsteller            Unterbezirk Erlangen

### Mindesthonorar für Selbstständige

Adressat/en            Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion

- 1 1. Im Bereich der selbstständigen Tätigkeit muss eine
- 2 Vergütung sichergestellt sein, die in 86 ihrem wirt-
- 3 schaftlichen Gegenwert zumindest dem Mindestlohn
- 4 für Angestellte entspricht, d.h. 87 mindestens 16
- 5 EUR. 88
- 6 2. In geeigneten Branchen sollen Honorarordnungen
- 7 nach dem Beispiel von HOAI, GOÄ, RVG, 89 StBVV,
- 8 etc. erlassen werden. 90
- 9 3. Soweit die Tätigkeit weder nach Zeitmaß abgegolten
- 10 wird, noch die Mindestvergütung 91 durch Honora-
- 11 rordnungen geregelt ist, soll gesetzgeberisch klarge-
- 12 stellt werden, dass alle 92 vertraglichen Vereinbarun-
- 13 gen, die anfänglich vorhersehbar zu einer Erbringung
- 14 von 93 Leistungen mit einer wirtschaftlichen Vergü-
- 15 tung, die geringer liegt als der Mindestlohn für 94 An-
- 16 gestellte sittenwidrig und nichtig sind und der Auf-
- 17 traggeber von Gesetzeswegen ein 95 angemessenes
- 18 Honorar im Gegenwert des gesetzlichen Mindest-
- 19 lohns schuldet.

**Empfehlung Antragskommission**  
Annahme

### Begründung

Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes hat die SPD erfolgreich einen Dumpingschutz für sozialversicherungspflichtige Mitarbeiter durchgesetzt. Eine Unterschreitung des Mindestniveaus droht jedoch einerseits im Bereich der mittels Werkverträge ausgelagerten Leistungen durch formal selbstständige Mitarbeiter, soweit immer stärker und häufiger im Rahmen des sogenannten „Croud-Work“, bei dem Selbständige ihre Leistungen auf Plattformen anbieten, sowie durch Klein-selbstständige wie Putzfrauen.

#### 1. Bestimmung des Mindeststundensatzes

Dort, wo das Honorar sich nach Zeitmaß bestimmt, ist ein Dumpingschutz durch Einführung einer Untergrenze unproblematisch möglich. Hierbei sollte sich das Einkommen eines Selbstständigen anhand des für Arbeitnehmer geltenden gesetzlichen Mindestlohnes von 8,84 EUR in der Stunde zusätzlich 23,5% Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung, der für den Dienstnehmer bei Angestellten zu erbringen ist, sowie eines Zuschlages für die dem Selbstständige nicht zustehenden Mindestur-

# MittelfrankenSPD

laubsanspruchs nach BurlG, zuzüglich eines weiteren Aufschlages für nicht gegebene Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, und eines moderaten Risikozuschlages dafür, dass der selbstständige im Gegensatz zum Angestellten das Risiko seiner Auslastung voll selbst trägt, der zumindest 20% zu betragen hat, sowie eines weiteren Zuschlages für die im Regelfall durch den Selbstständigen gestellten Arbeitsmittel 115 wie PC, Kraftfahrzeug etc. und allgemeine Geschäftskosten in Höhe von weiteren 20% liegen sollte.

Berechnungsweise:

	%	EUR
gesetzlicher Mindestlohn		8,84
Arbeitgeberanteil zur SV	23,5	2,08
Urlaubsanspruch (24 /249tel)	9,6	0,85
fehlende Leistung aus LFZG (15 Tage / Jahr)	6,0	0,53
Risikozuschlag Auslastung	20,0	1,77
Zuschlag Arbeitsmittel	20,0	1,77
SUMME		15,84

## 2. Zahlung nach Pauschalen / Honorarordnungen

Schwieriger wird die Verhandlung eines Mindesthonorars jedoch in Bereichen, in denen nach Stückzahlen oder in pauschalen bezahlt wird, Hier lässt sich das Entgelt nicht ohne weiteres in Stundenpreise aufgliedern. Auch ist es in diesem Bereich legitim, dass eine Pauschale einmal zu einem guten und ein anders Mal zu einem schlechten Verdienst führt, solange die Quersubventionierung klappt. Ein Beispiel hierfür könnten die Pauschalhonorare für Ärzte und Anwälte sein. Während der eine Schnupfenpatient schnell und einfach und damit mit einem hohen Ertrag pro Zeiteinheit behandelt sein kann, gibt es auch Patienten, deren Erkrankung oder reдеbedarf deutlich komplexer ist, so dass dieser Patient zu einem schlechteren Deckungsbeitrag führt.

Zumindest bezüglich der freiberuflichen Leistungen hat der Gesetzgeber in Form der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), der Gebührenordnung für Ärzte (GOA), der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZÄ), des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG), der Steuerberatervergütungsordnung (StBVV) und anderen Spezialgesetzen bereits gesetzliche Tarifwerke geschaffen, die im Regelfall auch im Einvernehmen von Auftraggebern und Auftragnehmern nicht unterschritten werden dürfen. Auf kommunaler Ebene gilt dies auch für die Taxi-tarife. Diese bereits auf breiter Front und seit vielen Jahrzehnten im deutschen Recht vorhandenen Mindestvergütungssysteme sollten unter Einbeziehung der Stellungnahmen der jeweiligen Verbände der Auftraggeber und Arbeitnehmer in der jeweiligen Branche (beispielsweise Fotografie, Designleistungen etc.) auf weitere Bereiche ausgeweitet werden.

## 3. Auffangklausel / Sittenwidrigkeit

Soweit eine derartige Lösung entweder nicht praktikabel ist oder nicht umgesetzt wurde, fordern wir, dass der Gesetzgeber anordnet, dass Pauschalvereinbarungen dann nichtig sein sollen, wenn objektiv bereits bei deren Vereinbarung klar abzusehen ist, dass diese dazu führen werden, dass die Leistung des Selbstständigen unterhalb des oben beschriebenen Mindestvergütungssatzes erfolgt. In diesem Fall soll das dem voraussichtlichen Zeitaufwand entsprechende Honorar als Mindestvergütung geschuldet sein.